

Ercheint wöchentlich Freitags.
Zu beziehen nur durch die Post
zum Preise von 1,20 M. viertel-
jährlich.

Sattler-

Inserate kosten 30 Pfennig pro
Zespaltene Petitzeile.
Bei Wiederholungen entsprechen-
der Rabatt.

und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten
Lederverwarendindustrie und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Nr. 49 .: 25. Jahrgang

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Brüden-
straße 10b .: Telephon: Amt IV, 2120

Berlin, den 8. Dezember 1911

Inhalt: Beitragszahlung. — Sind Gewerkschaftszahl-
stellen politische Vereine? — Zur Generalversammlung in
München. — Meine Jubiläumshür. — Die hagerische
Steuerreform, welche am 1. Januar 1912 in Kraft tritt. —
Die „geistigen“ Waffen der „Christlichen“. — Kollegialität.
— Zur Ermiderung. — Streiks und Lohnbewegung. — Aus-
unserem Beruf. — Korrespondenzen. — Aus anderen Or-
ganisationen. — Soziales. — Rundschau. — Bekannt-
machung des Zentralvorstandes. — Briefkasten der Redaktion.
— Bürgerchau. — Adressenänderungen. — Verammlungs-
kalender. — Verkebrtslokale für Sattler und Portefeuille. —
Anzeigen.

**Für die Woche vom 10. bis 16. Dezember
ist der 50. Verbandbeitrag fällig. Wer länger
als fünf Wochen mit seinen Beiträgen im
Rückstande ist, kann keinerlei Unterstützung aus
der Verbandskasse erhalten.**

Sind Gewerkschaftszahlstellen politische Vereine?

Bei der Interpellation im Reichstag über die
Handhabung des Vereinsgesetzes konnten unsere Ver-
treter mit einer Fülle von erdrückendem Material
aufwarten, in welcher Weise die Polizeibehörden es
verstehen, Arbeiterradsfahrer, Arbeiterturner und nicht
in letzter Linie gewerkschaftliche Organisationen zu
schikanieren und sie zu politischen Vereinen zu stem-
peln. Man will sie damit verpflichten, das Statut
und das Verzeichnis der Vorstandsmitglieder einzu-
reichen. Auch kann so die Keugierde der Behörden
leichter befriedigt werden. Auf Grund des Vereins-
gesetzes müssen die öffentlichen politischen Versammlun-
gen polizeilich angemeldet werden, was, nebenbei
bemert, für Gewerkschaftsversammlungen nicht nor-
wendig ist, und die Polizei ist berechtigt, sie zu über-
wachen. Nun behaupten böswillige Menschen, daß
Beamte die in Gewerkschaftsversammlungen ge-
rügten Mißstände sofort den Unternehmern mit-
geteilt haben, infolgedessen Arbeiterentlassungen
vorgenommen wurden. Wir glauben nicht daran und
halten, bei der Amtsverschwiegenheit unserer Polizei-
und Gendarmeriebeamten, solche Pflichtverletzung für
ausgeschlossen, wie wir auch keinen handgreiflichen
Beweis dafür haben, daß die früher auf dem Polizei-
amt niedergelegten Mitgliederverzeichnisse der Ge-
werkschaften den Unternehmern zur Einsicht vorgelegt
worden sind. Aber das steht zweifelsohne fest, daß
den für politisch erklärten Gewerkschaften das Recht
genommen wird, unter 18 Jahre alte Personen weder
als Mitglieder aufzunehmen, noch an einer Ver-
sammlung teilnehmen zu lassen. Diese Maßnahmen
sind nichts anderes als polizeitechnische Interpretationen
der von dem preussischen Minister des Innern
Herrn v. Dallwitz an die Regierungspräsidenten
ergangenen Anweisung, wonach den sozialdemokrati-
schen Bestrebungen zur Gewinnung der Jugend mit
Erfolg entgegenzutreten und von jeder sich bietenden
Gelegenheit zur Eindämmung der Agitation unter den
Jugendlichen Gebrauch zu machen ist.

In letzter Zeit ist es nun in verschiedenen Orten
beim Holzarbeiterverband vorgekommen, daß die
Polizei von der Zahlstellenverwaltung die Einreichung
des Statuts und des Verzeichnisses der Vorstands-
mitglieder verlangt. Entsprechend einer Anweisung
des Verbandsvorstandes muß dieses Verlangen über-

all hrittle abgelehnt werden. Dieser Anweisung ge-
mäß ist auch in Thorn in Westpreußen gehandelt
worden, was zur Folge hatte, daß gegen drei Mit-
glieder der Lokalverwaltung Anklage wegen Ver-
gehens gegen das Vereinsgesetz erhoben wurde. Tat-
sächlich hat auch das Schöffengericht Thorn die An-
klagen zu je 20 M. Geldstrafe verurteilt; allerdings
mit einer Begründung, die absolut unhaltbar ist.
Das Gericht beruft sich in seinem Urteil auf die
Ausgabe von vier Polizeibeamten, welche die Ver-
sammlungen der Zahlstelle von Juli 1906 bis Anfang
des Jahres 1908 überwacht haben. In verschiedenen
der in jener Zeit gehaltenen Reden erklärten sie eine
politische Betätigung. Darin stimmt ihnen das Ge-
richt bei und folgert: „Hat sich aber der Verein in
der Zeit vom September 1906 bis Anfang des Jahres
1908 politisch betätigt, so ist eine glückliche Betätigung
auch für die Folgezeit anzunehmen.“ Das Reichs-
vereinsgesetz ist am 15. Mai 1908 in Kraft getreten.
Daß Vorgänge, die weiter zurückliegen, nicht zur
Begründung eines Vergehens gegen dieses Gesetz
herangezogen werden können, ist so einleuchtend, daß
die gegen das Schöffengerichtsurteil eingelegte Ver-
rufung Erfolg verspricht.

In anderen Städten ist es bisher zu Anklagen
gegen Verwaltungsmitglieder des Verbandes noch
nicht gekommen, doch sind solche, wie die polizeilichen
Vernehmungen erkennen lassen, in Vorbereitung.

It auch in dem Thornener Fall das Urteil des
Schöffengerichts unhaltbar, so darf dieses Vorgehen
keineswegs leicht genommen werden. Zurzeit geht
eine Notiz durch die Presse, nach welcher eine Zahl-
stelle des Zimmererverbandes das Verlangen der
Polizei nach Einreichung des Statuts und der Liste
der Vorstandsmglieder im Verwaltungsbereich
angefochten hat. Das preussische Oberverwal-
tungsgericht hat aber die Klage abgewiesen. In dem
Urteil wird ausgeführt: „Da die Zahlstellen des öfte-
ren in ihren Versammlungen politische Gegenstände,
wie Reichstagsauslösung, Kolonialpolitik, Steuer-
gesetze, Ostmarkenpolitik, Koalitionsrecht und anderes
behandeln, so sei es klar, daß es sich nicht nur um
Vereine, sondern auch um politische Vereine handle.“

Auch die Leistung von Beiträgen zum Wahlfonds
wird als politische Betätigung angesehen und des-
wegen werden Gewerkschaften für politisch erklärt.

Einige Ortsverwaltungen der gewerkschaftlichen
Zentralverbände in Dresden, so die der
Brauereiarbeiter und der Bauarbeiter, haben
dem Bezirkssekretariat der sozialdemokratischen
Partei größere Summen zur Reichstagswahl
überwiesen. Darüber wurde vom Sekretariat
in der „Dresdener Volkszeitung“ quittiert. Jetzt
kommt die königliche Polizeidirektion und erklärt die
betreffenden Ortsverwaltungen auf Grund des
Reichsvereinsgesetzes für politische Vereine. Die be-
treffenden Organisationsleitungen erhielten folgen-

„Dresden, den 21. November 1911.

Nachdem der Verband der Brauerei- und
Mühlensarbeiter und verwandter Berufsgenossen,
Zahlstelle Dresden, dem sozialdemokratischen
Reichstagswahlfonds einen Betrag von 500 M.
überwiesen und damit zu erkennen gegeben hat,
daß er eine Einwirkung auf politische Angelegen-
heiten bezweckt, betrachtet die königliche Polizei-
direktion diesen Verein als politischen Verein im
Sinne des § 3 des Reichsvereinsgesetzes.

Der Vorstand hat daher die in § 8 Abs. 2 des
Reichsvereinsgesetzes vorgesehenen Verpflichtungen

zu erfüllen. (Einreichung der Satzung und des
Verzeichnisses der Vorstandsmitglieder.) Auch
dürfen Personen, die das 18. Lebensjahr noch nicht
vollendet haben, nicht in dem Verein geduldet wer-
den. (§ 7 des Reichsvereinsgesetzes.)

Sie wollen diesen Verpflichtungen binnen
14 Tagen nachkommen.

Die königliche Polizeidirektion.
gez.: Vretlig.

Es ist natürlich selbstverständlich, daß gegen
diese Maßnahme der Rechtsweg beschritten wird.
Wenn wir nicht irren, ist schon vom Reichsgericht
ausgesprochen worden, daß dadurch, daß Summen
zum Reichstagswahlkampf hergegeben werden, der
§ 3 des Vereinsgesetzes noch nicht zur Anwendung
kommen kann.

Doch abgesehen von der Rechtsprechung und der
Verfügung der Dresdener Polizeidirektion sind wir
der Meinung, daß die sozialdemokratische Partei
auch ohne finanzielle Mithilfe der Gewerkschaften in
der Lage ist, ihre Kämpfe siegreich zu führen, wenn
jeder Arbeiter außerhalb der Gewerkschaft seine
Pflicht erfüllt. Durchaus beachtenswert sind die
Ausführungen der „Holzarbeiter-Zeitung“, welche in
einem Artikel: „Die Reichstagswahlen und
die Gewerkschaften“ u. a. sagt:

„In diesen aufgeregten Zeitaltern ist es be-
greiflich, daß der politisch interessierte Arbeiter, und
das ist schließlich jeder, der nicht ganz stumpfsinnig
durch die Welt geht, überall versucht, für seine Ueber-
zeugung zu wirken. Wir haben aber soviel Ge-
legenheit, politische Agitation zu treiben, daß wir
darauf verzichten können, in den Mitgliederversammlun-
gen der Gewerkschaften Wahlreden zu halten. Die
Wahlagitation erfordert bedeutende Geldsummen, die
von den Arbeitern meist pfennigweise gesammelt
werden. Die Versuchung liegt nahe, die Mitglieder-
versammlungen der Gewerkschaften als Gelegenheit
zu benutzen, Sammlungen zu veranstalten oder aus
vorhandenen Fonds Gelder für Wahlzwecke zu be-
willigen. Wo das vorkommt, geschieht es gewiß in
der besten Absicht, aber unter Verkennung der den
Gewerkschaften zukommenden Obliegenheiten. Die
direkte Dienstbarmachung der Gewerkschaftsorgani-
sation für politische Zwecke kann um so leichter
unterbleiben, als durch die Respektierung der ge-
gebenen Grenzen der Partei durchaus keine Mittel
entzogen zu werden brauchen. Bei der außerordent-
lichen Bedeutung der bevorstehenden Wahlen hat
jeder Arbeiter ohne weiteres die moralische Ver-
pflichtung, sein Scherflein zu den Wahlkassen beizutragen,
und zwar halten wir dafür, daß dieser Ver-
pflichtung aus der eigenen Tasche genügt wird. Nur
so kann die Opferwilligkeit der Arbeiter befördert
werden, nicht durch Ueberweisungen aus einem
Fonds, dessen Mittel eigentlich für andere Aufgaben
im Dienste der Arbeiterbewegung bestimmt waren.“

Im großen und ganzen stimmen wir diesen
Ausführungen zu, halten es aber doch für angebracht,
wenn sich unsere Kollegen in den Mitglieder-
versammlungen, ebenso wie wir im Sachorgan, mit der
notwendigen Aufklärungsarbeit beschäftigen. Wir
vermögen nämlich nicht einzusehen, warum in den
Versammlungen der Gewerkschaften nicht über die
Reichstagswahl geredet werden soll? Wir halten es
im Gegenteil für ganz selbstverständlich, daß sich
unsere Kollegen in ihren Versammlungen eingehend
damit beschäftigen, wie die allgemeinen Arbeiterinter-
essen und die besonderen Berufsinteressen bei der
Reichstagswahl gefördert werden können.

Das „Correspondenzblatt der Gewerkschaften Deutschlands“ schreibt zu den Darlegungen der „Volksgewerkschaft“:

„Es ist Sache der Parteio rganisation, als die politische Organisation der deutschen Arbeiterklasse, den Wahlkampf zu führen und die Mittel dafür aufzubringen. Daran darf auch die Tatsache nichts ändern, daß die Organisationen des deutschen Unternehmertums durch die Vereinfachung von Mitteln den Wahlkampf der bürocratischen arbeitserfreundlichen Parteien unterstützen. Die Gewerkschaften bedürfen ihrer Mittel für den gewerkschaftlichen Kampf, und die Arbeiterpartei ihrerseits in sowohl organisatorisch als finanziell so gestellt, daß sie den Wahlkampf mit eigenen Mitteln zu führen in der Lage ist, wenn nur jeder auf ihrem Boden lebende Arbeiter seine Pflicht erfüllt.“

„Andererseits ist es auch bisher nicht üblich gewesen, den Wahlkampf der Partei aus Gewerkschaftsmitteln zu finanzieren, obgleich es wohl voreingesehen sein mag, daß einzelne Zählstellen eines Verbandes oder ein Kartell eine kleine Summe gezeichnet haben. Die gegnerische Presse, die voraus Kapital für ihre Sonderbeiträge zu schlagen versucht, hat da einen sehr mageren Knochen erwischt. Sie sollte sich doch einmal um die Bestrebungen der Unternehmerorganisationen kümmern, die für die Wahl von Lebensmittelmitteln und Konsumtionsrechtsträubern erhebliche Mittel aufbringen. Wenn einzelne Gewerkschaftszweige sich daran ein Beispiel nehmen und nun ihrerseits für die Wahl von zuverlässigen Arbeitervertretern, die für die Vereinfachung des Lebensmittelmittels eintreten, die Mittel hergeben, so verkehrt das keineswegs die Gewerkschaftsinteressen. Allein es ist nicht notwendig. Die Partei ist glücklicherweise selbst in der Lage, ihre Kämpfe zu führen, und es ist daher unzweckmäßig, wegen dieser Dinge einen Streit in die Gewerkschaften hineinzutragen.“

Zur Generalversammlung in München.

(Anmerkung der Redaktion! Mit dieser Nummer beginnen wir die Diskussion zur zweiten Generalversammlung in München. Die eingehenden Artikel werden wir der Reihe nach veröffentlichen, ohne uns darüber auszulassen, ob wir mit dem Inhalt einverstanden sind oder nicht. Wir erjuden, bei der Diskussion sich nur von sachlichen, unsere Organisation fördernden Motiven leiten zu lassen, damit die Meinungen geklärt werden und in München Beschlüsse zustande kommen, deren Verwirklichung im Interesse aller Mitglieder und Berufsangehörigen liegt.)

Meine Jubiläumshuhr.

Von P. H. Scheidemann.

(Nachdruck verboten.)

Es ist mir in feierlicher Weise etwa zwei Monate nach dem Jubiläum überreicht worden, und in herzerfreuender Weise wurde meine Vereinstreue den jüngeren Mitglie d e r n als vorbildlich gepriesen. Ich war sehr gerührt. Und wenn ich Zeit gehabt hätte, länger bleiben zu können, dann würde ich vermutlich eine ebenfalls ergreifende Rede gehalten haben. Aber ich konnte nur einige Dankesworte stammeln, weil gegen Mitternacht der Sonderzug fuhr, der mich nach München bringen sollte.

„Gute Nacht, Kollegen!“

„Gute Nacht! Möge Dir die Uhr nur frohe Stunden weisen!“

Scidem ich die Uhr trage, bin ich meines Lebens nicht mehr froh geworden. Dabei sieht sie so freundlich aus, so zutraulich, so absolut zuverlässig. Schon die klaren Ziffern flößen Vertrauen ein. Sie sind nicht wie auf den meisten anderen Uhren falschen römischen Charakters, sondern „deutsch“, wie wir die arabischen Ziffern nennen. Der Rand ist goldig anzuschauen, der silberne Rückenbedel ist kräftig gemacht und macht einen überaus soliden Eindruck. Seine Innenseite ist durch folgende Widmung ausgezeichnet: „Für fünfundsiebenzigjährige treue Mitgliedschaft. 20. V. 1908.“

Doch hapfen wir den Deckel wieder zu und freuen wir uns der Außenseite. Sie ist beständig. Aber das Neuzere täuscht. Meine Uhr gleicht einem schönen Weib, das statt des Herzens einen Stein im Leibe trägt. In Wirklichkeit ist es noch schlimmer: fünfzehn Steine birgt das Innere meiner Uhr, meiner Jubiläumshuhr. Das Scherfale betrügt mich zusehender und konsequenter. Meine freundlichsten Anreden haben nichts genützt. Die Verräterin lacht mir freundlich, ich könnte sagen: liebevoll ins Gesicht, aber das alles ist Maske.

Nach von München.

Die bevorstehende Generalversammlung unseres Verbandes in München löst unwillkürlich alte Gedanken auf, deren Verwirklichung zwar schon jahrelang erstrebt wird, bis zur Stunde aber tatsächlich noch nicht ermöglicht werden konnte. Allerdings haben die Bestrebungen trotz zu überwindender, harter Widerstände wenigstens den Erfolg gezeitigt, daß wir dem gezeichneten Ziel immer näher gekommen und heute nur noch einen kleinen Schritt davon entfernt sind. Ich meine die Verschmelzung der im Offenbacher Industriegebiet räumlich so nahe zusammenliegenden Verwaltungsstellen mit der Stadt Offenbach zu einer einzigen großen Mitgliedschaft. Wer die jahrelangen Debatten in dieser wichtigen Frage verfolgt, wer mit angesehen hat, wie dabei mundvoll fleischliche Interessenpolitik die Hauptrolle spielte, die man bildlich gesprochen auch wohl als Kirchturnspolitik bezeichnen kann, weil sie nicht über den Pfarrkreis des eigenen Kirchturns hinausging und wie diese fleischliche Politik oft wahre Triumphe gefeiert hat, der muß sich doch freuen, daß wir nach so langen inneren und nicht immer ererbenden Kämpfen doch endlich an das Ziel so nahe herangekommen sind. Nur ein Schritt trennt uns noch davon und man muß sich deshalb unwillkürlich die Frage vorlegen, ob sich keine Möglichkeit bietet, diesen Schritt zu tun, noch vor München zu tun und damit einer vielleicht immer noch schmerzhaften Operation zu entgehen, die sonst doch in München vorgenommen werden müßte. Dieser Gedanke leitet mich, wenn ich nochmals des näheren auf diese schon so oft behandelte aber auch jur die gesamte Kollegenschaft außerordentlich wichtige Angelegenheit eingehe.

Die Bestrebungen zur zweckmäßigen Zusammenfassung sämtlicher Verwaltungsstellen des Offenbacher Industriegebietes lauten, wie schon gesagt, nicht erst heute auf. Sie sind noch älter als die Verschmelzung der beiden Verbände der Sattler und Portefeuller im Jahre 1900. Das räumlich enge Zusammenliegen der Verwaltungsstellen im Offenbacher Bezirk hat schon im früheren Portefeullerverband zu Erwägungen darüber geführt, ob es nicht angängig sei, diese Stellen zu einer Verwaltung zu vereinigen, um die Verwaltung technisch zu vereinfachen, die Verwaltungsstellen zu verbilligen. Dazu kamen damals schon wie heute noch in erhöhtem Maße die beruflichen Interessen, welche für den weitaus größten Teil der Kollegen im Industriebezirk dieselben sind und deren Zentrum naturgemäß in Offenbach liegt. Abgesehen von den verhältnismäßig wenigen Kollegen der Geschirre- und Wagenbranche kommt für die Kollegen des ganzen Gebietes nur die Stadt Offenbach als mittel- oder unmittelbarer Beschäftigungsort in Frage. Diese Tatsache kam denn auch in erster Linie bei den verschiedenen Vertragsabschlüssen für die Portefeuller-

und Meißerartikeldindustrie zur Geltung. Auf diesem Gebiete also haben wir im ganzen vollständig gleichartige, die Kollegen des ganzen Bezirkes umfassende Verhältnisse und Interessen. Das Offenbacher Bureau bildete schon immer gewissermaßen die Sammel- und Zentrale für alle sich aus dem Arbeitsverhältnis ergebenden Streitigkeiten wie auch sonstiger Angelegenheiten. Von hier aus wird alles geregelt, etwaige Tarifverträge, wenn notwendig, vor die Schlichtungskommission für die Portefeuller- und Meißerartikeldindustrie gebracht, die ja wiederum für fast alle Kollegen des Industriegebietes infolge des Vertragsverhältnisses zuständig ist. Das hat die Kollegenschaft des Industriegebietes auch schon insofern eingesehen, als sie sich, wenn auch erst nach längerem Zögern und Sträuben, bereit erklärte, zu den Unterhaltungsstellen des Offenbacher Bureaus durch den Aufschuß an die Bezirkskasse bzw. den Widerstandsstands regelmäßig beizutragen. Soweit könnte man also mit dem jetzigen Zustande zufrieden sein, wenn nicht noch andere Gründe für die völlige Verschmelzung der Verwaltungsstellen sprächen, ja geradezu danach hindrängten. In erster Linie die Möglichkeit bedeutender Ermäßigung der Unterhaltungsstellen, mithin Stärkung der Hauptkasse, und dann die zweckmäßige Durchführung des bis zum Jahre 1916 abgeschlossenen Tarifvertrages.

Die Verwaltungsstellen des Offenbacher Industriegebietes erhalten heute mit Ausnahme von Offenbach selbst zur Bestreitung der örtlichen Ausgaben 20 Proz. der Einnahmen. Mit Offenbach wurde gemäß dem § 13 Abs. 5 des Verbandsstatuts ein bedeutend niedriger Prozentsatz vereinbart. Durch die oben erwähnte Tatsache, daß alle mit größeren Ausgaben verknüpften Angelegenheiten, tarifliche Streitigkeiten usw., in Offenbach erledigt werden, steht nun zweifellos fest, daß die übrigen Orte aus ihrem an drei verbleibenden 20 Proz. der Einnahme ganz erhebliche Ersparnisse machen können. Diese Ueberschüsse aber gehören eigentlich mit Recht und Recht der Hauptkasse, denn die 20 Proz. sollen nur dazu dienen, die örtlichen Unterhaltungsstellen zu decken, nicht aber Ueberschüsse zu machen und große Vorkalvermögen am Orte anzuheben. Aber nicht nur, daß dies der Fall ist und auf diese Weise schon große Summen angehäuft worden sind, auch eine ganze Anzahl ländlicher Verwaltungsstellen hat, gestützt auf diese Verwaltungsüberschüsse, sich noch örtliche Unterhaltungsstellen geschaffen, dadurch aber eine Ungleichheit im Unterhaltungsstellen hervorgezweigt, welche zu der tariflichen und sonstigen Interessengemeinschaft im Industriebezirk im schroffsten Widerspruch steht. Nicht nur sind fortwährende Reibereien die Folge davon, auch die so notwendige Einigkeit und Solidarität zwischen Stadt und Land wird gerade in den Momenten am härtesten gefährdet, wo diese Faktoren in erster Linie stehen müssen. Verschieden hohe Unterhaltungen bei denselben Beiträgen bilden schon

Schon am ersten Abend legte sie mich hinein. Ich drücke mich nicht gern auf Bahnhöfen herum und pöle erst zu kommen, wenn es wirklich Zeit ist. Ein Blick auf die neue Uhr sagte mir: du kommst pünktlich, eine Minute vor Abgang des Zuges. Als ich in die Bahnhofshalle eintrat, sah ich den Zug gerade davonziehen. Die Jubiläumshuhr humpelte zwei Minuten nach.

Das war ein vielverheißender Anfang am ersten Abend. Ich verlor nahezu einen ganzen Tag, hatte viel Berger und endlose Schreiberrei mit der Eisenbahnverwaltung wegen des Sonderzuges.

Ich trottelte wieder heim und brachte dadurch die ganze Familie, die kaum zu Worte gegangen war, in Aufregung. Vorhischalber hatte ich die Uhr nun genau nach der Bahnhofshuhr gestellt.

Am anderen Tage fuhr ich dann fort. In Würzburg war längerer Aufenthalt. Ich trieb auf einen sogenannten Freund, der mich durch eine längere Ansprache auszeichnete. Und ich sehnete mich nach einer Tasse Kaffee.

Da rief ich verzweifelt dem Schaffner zu: „Wie lange haben wir noch Aufenthalt?“

„Bis 5,04!“

Ich schaute nach meiner Jubiläumshuhr: sie zeigte 5,01, ich habe also noch drei Minuten Zeit.

„Kellner! Kellner! Kaffee!“

Ich legte dem Kellner ein Fünfzigpfennigstück auf das Brett und wollte gerade nach der Tasse greifen, da heißt es nebenbei: „Einsteigen! Höchste Zeit!“

Ich konnte gerade noch in den Wagen steigen, da ging es auch schon heidi! Die fünfzig Pfennig hat der Kellner zum Andenken an mich in der Eile eingesteckt. Im Vorüberfahren verglich ich meine Uhr mit der des Bahnhofs — sie ging zwei Minuten zu spät, obwohl ich sie tags zuvor genau nach Bahnhofshuhrzeit gestellt hatte.

Ich stelle sie wieder und wieder. Alle Tage. Ich reguliere am Steuer im Innern. Ich schob das

Steuer nach dem A zu. Ich mußte, wie man regulieren muß: geht die Uhr nach, dann schieb man den Regulator nach dem A zu, das heißt Avancieren. Nach dem R zu rückt man die Nadel, wenn die Uhr zu schnell geht, wenn sie also retieren soll. Ich rückte die blühende Stahlhülse erst um einen Millimeter nach dem A, dann um zwei, um das Nadelwerk zu schnellerer Gangart zu zwingen.

Die Uhr piff mir was. Ich drehte schließlich die Nadel im Innern der Uhr bis an den Rand. Wenn ich nun hätte noch weiter drehen wollen, dann hätte an die Uhr erst angebaut werden müssen. Das Resultat blieb immer dasselbe. Täglich blieb das Nadelwerk fünfviertel Minuten zurück. Ich verpackte flüchtig. Ich kam zu spät ins Theater und mußte vor der Kure stehen bleiben, bis die Ouvertüre gespielt war. Ich gondelte einige Minuten zu lange und mußte den doppelten Ruberpreis zahlen. Ich mußte Unannehmlichkeiten hunderterlei Art über mich ergehen lassen.

Statt der Aufzählung all dieser bösen Erlebnisse lieber etwas Statistik. Sobald ich auf die Jubiläumshuhr schaue, steigen vor meinen Augen nämlich Ziffern auf. Endlose Zahlenreihen wideln sich um die zwölf Stundenziffern. Wüthender scheinen die Ziffern sogar mir frech ins Gesicht zu lachen.

Ich erhielt die Uhr noch 25 Jahren. 25 mal 52 Wochen sind zusammen 1300 Wochen. 1300 mal 1,50 Wk. sind zusammen 1950 Wk., oder 19 500 Groschen oder 195 000 Pfennige. Ich habe die Uhr jetzt 3 mal 25 Wochen. In dieser Zeit war sie 25 mal je 2 Wochen, zusammen also 50 Wochen oder 350 Tage beim Uhrmacher. Wenn ich annehme, daß in 50 Wochen zu je 6 Arbeitstagen gerechnet, der Uhrmacher pro Tag nur 10 mal ärgerlich in die Uhr hineingeknallt hat, dann hat er 3000 mal den Deckel geöffnet und denselben 3000 mal wieder geschlossen. Diese zusammen 6000 Handgriffe, zu denen noch mindestens 24 000 rein technische Operationen kommen, stellen ungefähr den zehnten Teil der Uhrdeckel-

in normal ruhigen Zeiten ein ständiges Streitobjekt, erst recht aber in Zeiten von Lohn- und Tarifbewegungen, wo die Kollegen aller Verwaltungsbereiche des Industriegebietes um ein gemeinsames Ziel kämpfen. Damit soll nun nicht gesagt sein, daß Lokalunterstützungen überhaupt verwertlich seien, sie sind im Gegenteil sehr empfehlenswert, dürfen aber nicht auf Kosten der Hauptkasse bezogen werden. Wo sich die Mitglieder entschließen, neben dem Verbandsbeitrag noch einen Lokalbeitrag zu leisten, ist dies gegen nichts einzuwenden und können dann auch aus dem so gebildeten Fonds lokale Unternehmungen gezahlt werden, aber auch nur aus diesem Fonds auf Grund der geleisteten Lokalbeiträge. Für solche Verwaltungsbereiche aber, wie die im Offenbacher Industriegebiet, welche derart gemeinsame Interessen haben, wie das hier der Fall ist und auch immer sein wird, müssen solche Lokalbeiträge wie Lokalunterstützungseinrichtungen auch immer auf gemeinschaftlicher Grundlage beruhen und durchwegs einheitlich gestaltet sein. Diesem durchaus logischen Gedankengang hat die seit 1. April d. J. bestehende Bezirkskasse mit obligatorischem Beitrag und einheitlicher Unterstützung einigermaßen Rechnung getragen. Lange genug hat es freilich gedauert, bis diese so dringenden Reformen durchgeführt und der leidige Partikularismus insoweit überwunden war.

Von hier bis zur gänzlichen Verschmelzung der Verwaltungsbereiche zu einem gemeinsamen, nach jeder Richtung aktionsfähigen Ganzen ist aber nunmehr auch nur noch ein Schritt. Und diesen Schritt sollten alle Verwaltungsbereiche des Offenbacher Industriegebietes jetzt freudig unternehmen und zwar noch vor der Münchener Generalversammlung. Es wäre die letzte Etappe zu der schon seit Jahren erstrebten Einheit. Die gesamte Kollegenschaft des Industriegebietes könnte dabei nur gewinnen, die leider jetzt immer noch vorhandenen Ungleichheiten würden verschwinden. Allerdings auch die besonderen Unterstützungseinrichtungen verschiedener Orte, die jetzt minimale Zuschüsse zur Kranken- bezw. Arbeitslosenunterstützung leisten, dabei nicht leben und nicht sterben können. Mit diesen wäre nichts verloren, größeres und besseres könnte durch einen innigen Zusammenstoß geschaffen werden. Einrichtungen, die jedem Kollegen in gleicher Weise zugute kämen.

Welche segensreichen Unterstützungseinrichtungen haben wir nicht schon durch den Zusammenstoß der beiden Bezirkskassen und die obligatorische Einführung des 5-Vf.-Beitrages schaffen können. Der Zuschuß zur Arbeitslosenunterstützung von 3,50 Mk. pro Woche kommt heute jedem arbeitslosen Mitglied aus dem Industriegebiet zugute. Und gerade das letzte Jahr außergewöhnlicher Arbeitslosigkeit war geeignet, den Kollegen die Vorteile dieser Einrichtung greifbar vor Augen zu führen. Wie viele, die

ursprünglich Gegner des Lokalbeitrages sowohl als auch Gegner jeglicher Fusion innerhalb des Industriegebietes waren, haben, durch die Tatsachen überzeugt, ihre frühere Auffassung gründlich revidiert. Sie sehen heute ein, daß großes nur durch vereinte Kraft und engen Zusammenstoß erreicht werden kann. Und wieviel könnte gerade auf diesem Gebiete bei zweckmäßiger Zusammenfassung noch mehr geleistet werden.

Die beiden Bezirkskassen haben heute einen Vermögensbestand von zusammen circa 29.000 Mk., während in den Lokalkassen des Industriegebietes zusammen noch über 13.000 Mk. liegen. Diese Summen zusammengelegt würden ein Vermögen der neuen gemeinsamen Verwaltungsbereiche von nahezu 43.000 Mk. repräsentieren, eine Summe, die nach den Erfahrungen der letzten Jahre stets im Anwachsen begriffen war und sich bis zum 1. Juli 1912 auf mindestens 45.000 Mk. steigern dürfte. Könnten wir nun selber aus der Bezirkskasse bei weit geringerem Grundfonds einen Zuschuß zur Arbeitslosenunterstützung von 3,50 Mk. pro Woche zahlen, so könnte man nach dem so vergrößerten Vermögensbestand und demzufolge auch vergrößerten Einnahmen diese Unterstützungsbereiche noch bedeutend erhöhen. Im letzten Jahre ist der schon erwähnten starken Arbeitslosigkeit, wie speziell auch im 3. Quartal, mit welchem alle Kollegen in der Bezirksunterstützung bezugsberechtigt waren, konnten wir die recht beträchtlichen Unternehmungen nicht nur aus den laufenden Einnahmen decken, sondern sogar noch ansehnliche Ueberschüsse machen. Zweifellos könnte man bei einer Verschmelzung sämtlicher Verwaltungsbereiche des Industriegebietes zu einer einzigen, die seitherigen Unterstützungsbereiche von 3,50 Mk. auf 5,50-6 Mk. wünschentlich erhöhen. Damit würde der Kollege, der heute im Falle der Arbeitslosigkeit von der Zentralkasse 10,50 Mk. pro Woche zu beanspruchen hat, mit obigem Zuschuß in den Genuss einer wünschentlichen Arbeitslosenunterstützung von 16 Mk. kommen, eine Summe, welche wohl immer noch nicht alle Wünsche befriedigt, jedoch wohl geeignet sein dürfte, den vom Unglück der Arbeitslosigkeit betroffenen Kollegen vor dem schlimmsten zu bewahren, ihn einigermaßen über Wasser zu halten und so zu verhindern, daß er vielleicht aus Not zum Preisdrücker wird und so seine in Arbeit lebenden Kollegen schädigt. Mit solcher Einrichtung, die im Momente der Verschmelzung auch schon verwirklicht werden könnte, würden die Kollegen der in Betracht kommenden Orte der Ablösung der dort jetzt so ungleichmäßig noch gezahlten kleinen Zuschüsse keine Tränen nachweinen. Jeder einsichtige Kollege müßte im Gegenteil mit Freude begrüßen, daß damit in bezug auf das Unterstützungswesen endlich im ganzen Industriegebiet einheitliche Zustände geschaffen wären. Die Kollegen des ganzen Bezirks haben gleichartige Interessen und müssen naturgemäß gleiche Beiträge zahlen, sollten dafür

aber auch vollkommen gleiche Unterstützungen bekommen, die jedem ohne Ausnahme zugute kommen. Niemand wird den heutigen Zustand als ideal bezeichnen wollen, wonach der arbeitslose Kollege von Neu-Nienburg weniger Unterstützung erhält als der Kollege von Ebertshausen, trotzdem beide denselben Beitrag leisten.

Nach andere Gründe sprechen außerdem für die Verschmelzung. Die Durchführung des Tarifvertrages für die Porteuillier- und Meißertitelindustrie müßte in. E. viel besser und gründlicher vonstatten gehen, wenn nur eine Verwaltung, die zuhändig über das ganze Industriegebiet die Stelle der vielen einzunehmen hätte; wenn diese Verwaltung nicht nur Zentralbeschwerdeinstanz für tarifliche Streitigkeiten zu sein hat, sondern zugleich Verwaltungsbereich alle Fäden dort zusammen laufen müßten. Die jetzt durch allerhand mögliche und unmögliche Rücksichten auf einzelne, in bezug auf strikte Tarifführung flügelgelähmten kleineren Ortsverwaltungen könnten dazu, als von der gemeinsamen Verwaltungsbereiche bezahlte Vertrauensleute von dem lästigen Partikularismus befreit, das Interesse der Gesamtheit besser als jeher im Auge behalten. Das jetzt noch vielfach zu beobachtende Kleinliche Aufgehen in sogenannten örtlichen Interessen, der undemokratischste Zug in einer zentralen Gewerkschaft würde zum Besten aller Kollegen bald verschwinden. „Aber der Versammlungsbefuch?“ höre ich Zweifel fragen, „er würde doch bedeutend verschlechtert, wenn wir unseren Vorstand nicht mehr hätten!“ Auch das kann nicht zutreffen. Schlechter als der jeherige Versammlungsbefuch kann der unter dem neuen System wohl auch nicht werden. Im Gegenteil, die Versammlungen würden vielleicht besser wie jeher besucht, wenn anstatt Kleinlicher Kirchturnuspolitik große zeitbewegende Fragen mehr als bisher den Gehör und der Erörterung bilden. In der Form könnte ja übrigens alles beim alten bleiben, nach wie vor würden an den einzelnen Orten regelmäßige Versammlungen stattfinden. Wie viel leichter aber als heute wäre die Uebersicht und Kontrolle über die Struktur der am Tarifverhältnis gleichmäßig interessierten Kollegen, wenn das jetzt so verstreute und gesplittete Kartensystem, die Registrator, in den Händen nur einer, der dann gemeinsamen Verwaltung wäre.

Alle die angeführten und noch anzuführenden Gründe sind, wie eingangs erwähnt, nicht erst seit neuerer Zeit aufgetaucht, sie sind in dem schon jahrelangen Bestreben, die erstrebte vollkommene Einheit der Kollegen des Offenbacher Industriegebietes zu schaffen, schon bei früheren Gelegenheiten des öfteren erwähnt worden. Aber sie sind darum nicht weniger durchschlagend. In Offenbach und Umgebung gehen eben derartige Reformen nur langsam vor sich. Hier gilt das Sprichwort: „Gut Ding will Weile.“ Lange hat es gedauert, bis sich der Widerstandsfonds in allen Orten durchsetzte, fast

Öffnungen dar, die ich selbst vorgenommen habe. Ich habe verzweifelt in die Uhr geblasen, hineingeredet, hineingefungen, hineingespiffen, hineingelacht und hineingelacht. Ich habe hineingebeutet und -geflucht. Ich habe zu der Jubiläumssuhr gesagt: ich habe dich so lieb, du bist mir so teuer, du bist mir ein ehrenvolles Angebinde, du bist mir beinahe, was dem General von 70/71 das Eisener Kreuz erster Klasse, was dem Mittelbeamten nach einem Vierleischthundert Dienstjahr und dem Gegenbedürfnis Regier nach seiner Verleihung vor dem Kaiser die Verdienstschlange ist. Du bist mein Stolz, meine Freude, mein Kleinod, mein Liebling, mein Schatzstein.

Das hat alles nichts genützt. Sie ging pro Tag fünfviertel Minuten nach. Dann ging ich wieder zum Uhrmacher, zum 21., zum 22. und zum 23. Male. Das Resultat war immer dasselbe. Ich müßte Vertrauen zu der Uhr haben, müßte mich an sie gewöhnen, sagte mir der Uhrmacher und drückte mir das herzige Ding in die Finger. Jetzt ginge sie auf die Sekunde.

Das alte Lied! Ich hatte sie von neuem gestreift, geherzt und flehentlich gebeten. Jetzt redete ich ernsthafter mit ihr. „Ich bringe dich noch einmal zum Uhrmacher, dann ist Schluss, dann müßt du sterben, dann holt dich der Teufel. Dann liegt du an die Wand, da, wo sie am härtesten ist.“

Sie schien zu seufzen, sie putzte hörbar und schien sich zu eilen. Nur eine Minute ging sie am ersten Tage nach, dann aber wieder fünfviertel. Mitleid kam wieder über mich. Ich konnte sie nicht töten. Ich schickte sie dem, der sie mir feierlich überreicht hatte, mit der Bitte zu: tausche Du sie um, lieber Konrad, oder gib mir das Geld, das sie gelohnt hat, damit ich mir selbst eine Jubiläumssuhr kaufen kann!

Der bibbäuchige Konrad war gerade so herzlos wie meine Uhr. Er ging wieder mit der Rube zum Uhrmacher, der sie nun zum 25. Male schmirte und stellte. Nach drei Wochen erhielt ich sie wieder: „Jetzt geht sie.“ wurde mir gesagt.

Sie ging natürlich nicht. Sie konnte es einfach nicht. Sie konnte in 24 Stunden nicht mehr als 23 Stunden 58 Minuten und 45 Sekunden leisten.

Ich suchte mein stürmisch pochendes Herz zu beruhigen. Ich zählte bis hundert, als das nichts half, trank ich einen Steinbier und einen Cognac, es können auch je zwei gewesen sein. Das war vor der Leipziger Kriegserklärung an den Schnaps. Ich begutete mein Kleinod wieder, ich gab ihm die besten Worte. Liebes Ueherchen, sagte ich, geh doch nur einmal einen Tag ganz genau. Ich will alles tun für dich, was ich kann. Ich habe dich schon geschmiert mit Niböl, mit Spargel, mit Terpentin, mit Venzin, mit Petroleum und reinem Hausmacher-Wurkstoff. Ich will nicht sniderig sein, ich will es nun auch noch mit bester Süßrahmbutter versuchen. Ich schmirte sie, schmirte sie splendid. Dann betete ich sie behutsam in der warmen linken Westentasche, in unmittelbarer Nähe meines Herzens.

Als ich am anderen Morgen den Zug verpaßt hatte, weil ich zwei Minuten zu spät kam, da warf ich, heimgekehrt in meine Kasse, die Jubiläumssuhr an die Wand und machte so ihrem schändlichen Dasein ein Ende.

Ich hatte es längst kommen sehen das Unglück. Ich wußte, daß die Trennung zwischen ihr und mir nach einer furchtbaren Katastrophe eintreten würde. Ich wußte, daß sie falsch, im Grunde ihrer fünfzehn Steine verborben war bis auf das kleinste Rad. Aber die Heilmilde, die sie mir in der letzten Sekunde ihres erbärmlichen Daseins noch angetan, hatte ich nicht ermarktet. Für den zertrümmerten Spiegel, in den sie von der Wand aus absprang, hätte ich gut zwei Jubiläumssuhren kaufen können.

Jetzt hängt ein zweckmäßiger, solider Uhrschlüssel an meiner Uhrkette. Wir beiden kennen uns, wir verhasen uns aufeinander, wir bleiben uns treu.

Der reiche Mann und der arme Lazarus.

Es war einmal ein reicher Mann, der Reideste sich in Purpur und hielt täglich herrliche Mahlgaiten. Im selben Orte aber lebte auch ein Armer namens Lazarus, der täglich vor des Reichen Tür lauerte und sich aernie mit den Profamen vom Tische des Reichen gesättigt hätte, wenn sie ihm jemand gegeben hätte. — So gingen viele Jahre dahin. Eines Tages aber erschien der Reiche ganz plötzlich im Rahmen der Tür und sprach:

„Warum liegst du denn da dranken vor der Türe, du Armer? Komme doch herein zu mir und sättige dich!“

Und so ging es viele Tage hindurch. Tagtäglich erschien der Reiche im Rahmen der Tür, bat den armen Lazarus zu sich als Gast und ließ ihn mit Speise und Trank gar reichlich bewirtet.

Eines schönen Tages aber erschien der Reiche wieder im Rahmen der Tür und schrie:

„Was suchst Du hier, Lump, elender? Geh arbeiten, du Tagelöhner!“

Tags vorher war nämlich Wahltag gewesen.

Die Not.

Ein schlimmes Unglück als der Tod
Der liebsten Menschen — ist die Not!
Sie läßt nicht sterben und nicht leben,
Sie freift des Lebens Aste ab,
Streift, was uns Lieblichstes gegeben,
Rom Herzen und Gemüte ab!
Den Stolz des Reifsten selbst brugt sie,
Daß er der Dummheit dienbar werde,
Der Sorgen bittere erzeugt sie;
Denn man muß leben auf der Erde.
Not ist das Grab der Poésie
Und macht uns Menschen dienstbar, die
Man lieber stolz gerüden möchte,
Als sich vor ihnen bücken möchte.
Friedrich Wodenstedt.

nach länger, bis es gelang, den fakultativen 5 Pi.-Beitrag überall obligatorisch einzuführen. Viel Widerstand war da zu überwinden, aber schließlich haben doch alle Kollegen die Zweckmäßigkeit dieser Reformernein eingesehen. Jetzt nur noch ein Schritt, und wir haben das langjährige Ziel erreicht, die völlige Einheit im Landgebiet. Noch vor dem Verbandstage in München konnte dieser Schritt getan werden. Jetzt haben wir noch Zeit, alles nach dem Willen der daran interessierten Kollegen zu regeln, unter möglicher Berücksichtigung der einzelnen Gruppen. Tau wir das nicht, so können wir mit Bestimmtheit erwarten, daß der nächste Verbandstag diese Forderung für die Köpfe der direkt Beteiligten beschließen wird, denn die Generalversammlung in München wird auch schon bei verschiedenen Gelegenheiten der Zentralvorstand — ich erinnere nur an die letzte Bezirkskonferenz — haben keinen Zweifel darüber gelassen, daß der heutige Zustand nur ein Provisorium bis München sein kann.

Wogu also warten, bis man uns in München derart einberuft, daß wir — ob wir wollen oder nicht — von selbst zu schmelzen anfangen. Was eine Verschmelzung schon sein, und sie ist unabweislich, so wollen wir sie zur rechten Zeit selbst vollziehen, die neue, große Verwaltungseinheit schaffen nach unserem Willen unter Wahrung der alten und Schaffung neuer Vorteile für alle Kollegen des heutigen Industriegebietes. Gerade die rechte, aber auch die höchste Zeit dazu ist jetzt noch vor München. Bis dahin können wir die so notwendige Einheit geschaffen haben, über 4000 Mitglieder in einer Verwaltungseinheit. Die anderen Verbände sind uns in dieser Hinsicht lange voraus, darum steuern auch wir uns nicht gegen die natürliche Entwicklung, sondern passen uns ihr an. Entwicklung in Leben! Klammern wir uns nicht an alte, überlebte und unzureichende Formen, sondern rücken wir den alten Geist in eine neue, schönere und bessere Form, zu unserm alten Vorteil und Gewinn, eine einzige, große, jederzeit schlagfertige Verwaltungseinheit.

Prometheus.

Die bayerische Steuerreform, welche am 1. Januar 1912 in Kraft tritt.

In Nr. 15 (1911) unserer Zeitung wird über Steuererträge geschrieben, welche hauptsächlich für Preußen gelten sollen, da der Artikelredakteur von einem Einkommen von 900 Mk. schreibt. Die bayerische Steuererhebung erfolgt aber schon Einkommen von 500 Mk. an. Die Finanzwirtschaft der bayerischen Regierung mit der absoluten Zentrums herrschaft im Landtag, nämlich 98 Stimm von 163, hat es mit sich gebracht, daß auch der bayerische Reichstagsrat ein Loch bekommen hat, zu dessen Füllung eine durchgreifende Steuerreform notwendig war. Eine Vorbeschrift wurde dem Landtag am 31. Mai 1906 vorgelegt, welche sich auf eine neue Grundlagestelle, indem sie sich von dem bisher bestehenden System der Ertragssteuern abwendet und sich der Einführung der allgemeinen Einkommensteuer zuwendet, wodurch die Arbeiter sehr empfindlich betroffen wurden. Die allgemeine progressive Einkommensteuer, künftig die Hauptsteuer, das Rückgrat des ganzen Steuerwesens, baut sich auf dem Prinzip auf, den Steuerpflichtigen möglichst im Verhältnis zu seiner Leistungsfähigkeit zu besteuern, für welche das gesamte tatsächliche reine Jahreseinkommen des Steuerpflichtigen, nach Abzug der das Einkommen schmälern oder zu dessen Erlangung, Sicherung und Erhaltung nötigen Ausgaben, einen Maßstab abgibt. Für den Arbeiter kommt ja nur das Einkommen aus seinem Lohn in Betracht, denn es wird nicht viel Arbeiter geben, die sonstige Einnahmen haben. Was darf nun der Arbeiter von seinem Lohn in Abzug bringen?

Die Beiträge zur Kranken- und Invalidenversicherung, die etwaigen Beiträge zur Arbeitslosenversicherung, aber nicht Verbandsbeiträge; den Verdienst der Frau, wenn dadurch das gesamte Einkommen nicht 1800 Mk. übersteigt. Als Hauptwohlstand glaubte man auch die Kinderzahl mit einzufügen, nämlich bei ein und zwei Kindern um eine Stufe Erniedrigung, bei drei und vier um zwei Stufen, bei fünf und sechs um vier Stufen, bei sieben und mehr um sechs Tarifstufen. Wenn dadurch ein Arbeiter in keine Tarifstufe mehr einzureifen ist, das heißt, wenn er dadurch unter 600 Mk. herunterkommt, so wird er mit einer Steuer von 1 Mk. veranlagt, dadurch kann er sich sein Wahlrecht sichern. Bei etwaiger zu hoher Steuerveranlagung ist Berufung bei dem Mandanten oder der Gemeindebehörde einzulegen. Berufungen, welche ihre Erledigung durch den Steuerauspruch nicht finden, sind der Regierung, Kammer der Finanzen, vorzulegen. Diese hat sie zur Entscheidung an die Berufungskommission abzugeben, die in einer Besetzung von 8 Mitgliedern entscheidet. Gegen den Entscheid der Berufungskommission ist Rekursverbe an die Oberberufungskommission zulässig. Der

Steuerpflichtige ist berechtigt, sein Interesse persönlich zu vertreten oder durch einen Bevollmächtigten vertreten zu lassen. Als Vertreter können auch Arbeitersekretäre bestellt werden.

Tarif zur Berechnung der Einkommensteuer.

Altes Steuerregulativ		Neues Steuerregulativ		Einwohner über 1000
Bei einem Einkommen von	Steuer	Bei einem Einkommen von	Steuer	
500	0,50	600 - 700	1,-	—
500 - 750	1,-	700 - 800	2,-	1,-
750 - 900	2,-	800 - 900	3,-	1,-
900 - 1050	3,-	900 - 1000	4,50	1,50
1050 - 1200	4,-	1000 - 1100	6,-	2,-
1200 - 1400	5,-	1100 - 1200	7,50	3,50
1400 - 1600	6,-	1200 - 1300	9,-	5,-
1600 - 1800	8,-	1300 - 1400	11,-	6,-
1800 - 2000	10,-	1400 - 1500	13,-	7,-
2000 - 2200	12,-	1500 - 1600	15,-	9,-
2200 - 2400	14,-	1600 - 1700	17,-	9,50
2400 - 2600	16,-	1700 - 1800	19,-	11,-
2600 - 2800	18,-	1800 - 1900	21,-	11,-
2800 - 3000	20,-	1900 - 2000	23,-	13,-
3000 - 3200	22,-	2000 - 3000	25,-	26,-
3200 - 3400	24,-	3000 - 3500	27,-	30,-

Diese Aufstellung beweist, daß die bayerische Arbeitererschaft durch die neue Steuererhebung enorm befallen wird. Die sozialdemokratische Landtagsfraktion hat die äußersten Anstrengungen gemacht, die Minderbemittelten etwas zu schonen, aber Zentrum und Liberale machten da nicht mit. Die Bauernbündler oder Konservativen wollten aber noch höher gehen. Die Kollegen werden hieraus ersehen, um wieviel mehr Steuer sie ab 1. Januar 1912 zu zahlen haben. Ein Kollege, der 1400—1500 Mk. verdient hat, muß mit Gemeinde-, Kreis- und Kirchenumlagen 30—31 Mk. direkte Steuern zahlen, was bei 300 Arbeitstagen oder 2700 Arbeitsstunden pro Stunde 1 1/4 Pf. direkte Steuer ausmacht. Nach dem alten Steuerregulativ bezahlte man bei 1400—1500 Mk. Einkommen einschließlich Umlagen 15 Mk. bis 16 Mk., was nach dem neuen Steuerregulativ um 100 Proz. weniger ausgemacht hat. Mögen alle Kollegen die Lehre daraus ziehen und mitarbeiten, daß bei den kommenden Reichstags- und Landtagswahlen 1912 dem Zentrum die wohlbediente Niederlage für ihre Ausbeutungspolitik der Arbeiter beigebracht wird.

Um zu zeigen, wie die christlichen Gewerkschaftssekretäre die Interessen der Arbeiter vertreten, möge gesagt sein, daß sämtliche Gewerkschaftsbeamte, die im Landtag sitzen, für diese Steuererhöhung und Volksausbeutung stimmten. Kollegen, am 12. Februar 1912 findet die Landtagswahl statt, da muß es unter allen Umständen heißen, die Zentrumsmehrheit muß gebrochen werden. Nur schade, daß das bayerische Volk nicht noch vor der Wahl den neuen Steuerzettel bekommt; denn sehr viele, die bis jetzt geschlafen haben, sie würden durch die 100 Proz. Erhöhung der Einkommensteuer aus ihrem Schlafe erwachen. Kollegen, rühtet zur Landtagswahl und zahlt eure Steuern, denn nur wer Steuern zahlt, darf wählen.

Die „geistigen“ Waffen der „Christlichen“.

Während des Reichstagswahlkampfes in Konstanz waren einige fromme Christen durch die zentruntsliche Agitation derart fanatisiert, daß sie vor einem Mord nicht zurückschrecken, wenn es galt, ihren Haß gegen freigeberisch-organisierte Arbeiter zu betätigen. Die „Verbandszeitung der Brauer und Rührerarbeiten“ berichtet über einige christliche Delinquenten, wie sie glücklicherweise nicht oft zu verzeichnen sind, aber doch zeigen, wessen die Christlichen alles fähig sind.

Ein Gewerkschaftsstartelldelegierter wollte sich nach Schluß einer Sitzung kurz nach 1 Uhr nachts zu Hause begeben. Plötzlich wurde er von zwei Individuen auf der Straße überfallen und mit dem Messer bedrängt. Dann holte der Messerheld zum entscheidenden Stoß gegen das Herz aus, der das starke Notizbuch durchbohrte, ihn selbst aber nur leicht verletzte. Durch die Wucht, mit der dieser Stoß geführt wurde, fiel der Mißhandelte in den mit Wasser und Schlamm gefüllten Graben. „Jetzt verreck, du roter Hund!“ sagte einer der Attentäter und fort waren sie beide. Der schwer Verletzte arbeitete sich aus dem Graben heraus, wankte blutüberströmt die Straße zurück und traf dann einen Schuhmann, der ihn auf die Wache resp. in das Spital brachte.

Daß dieser gemeine Ueberfall dem freigeorganisierten Arbeiter galt und von sogenannten Christen verübt wurde, zeigen auch zwei anonyme Schreiben, welche die Braut des Ueberfallenen und zwei mit ihm

in der Löwenbrauerei beschäftigte Kollegen im Sommer dieses Jahres erhielten. Der an die Braut gerichtete Brief lautet:

Sehr geehrtes Freulein!
 In Besitze Ihrer Adresse teile ich Ihnen mit daß Sie mit dem Sozialdemokrat Kurzer eine drübe ansicht zu erwarten haben. Ich will Ihnen diesen roten lämelhaften Kerl näher beschreiben. ein anständiges Mädchen gibt sich mit so einem rohen Sozi überhaupt nicht ab. Da ich Sie aber schon öfter mit dieser roten Bestie gesehen habe, betrachte ich es als meine heiligste Pflicht, Sie noch rechtzeitig der roten Bestie zu entreißen, auch hatten sie schon Ihre Freudinnen dabei. Sie haben es zu verantworten wenn diese brauen Mädchen verdorben werden, denken Sie wie schwer die Sünde ist mit einem roten zu gehen. Der Kurzer der rote Kimmel das ist der ärgste in Konstanz der böse Sozi der will alles rot machen. Die Purtschen in der Löwenbrauerei waren voriges Jahr noch so from und braf wie die Schäfflein, sie gingen in die Kirche und bettelten, ja alles war inen recht und sie waren zufrieden mit ihrer Arbeit und den schönen Lohn. Aber wehe als der rote Teufel in das Geschäft kam da war das Feuer am Dach, ehe man sich recht umfa hatte er die fromen Schäfflein zu so rohen Sozi gemacht, die iner mer Lohn wollen.

Der wort ewig verdamt werden dafür werden wir sorgen, auch in der Schweiz machd er die brauen Leute zu so rohen Sozies ist unerhört mit dem frahen Kerl.

Und erst die höchste Gemeinheit von dem roten Hund bei den Krankenlassen Wahlen, da drüb er erst sein unwesen an erghen, beim Jurthaller Tür haben wir den Knachten 15 an der gal unsere Stimmzettel mit Bescheinigung gegeben, und ales in feinste ortung gebracht zur Wahl, und sihe da der rote Teufel hin und nam uns alle weg und noch in einer Kurthalleri drüb er das unwesen und nam uns so in den 2 Geschäften 20 bis 25 Stimen weg auf der Straße und überal drüb er sein unwesen der abfcheuliche rote Teufel, das wirt er noch schwer zu büßen haben wenn er einmal vor den richter Stuhl Gottes hin treten muß, da wirt ihm das rote weg gehen dem roten Kerl. Auch so ein rotes schmir Blat Volkswacht bedittelt sich das bez Organ hat er helfen verbreiten, das macht ein anständiger Mensch zweimol nicht. Und erst in der Brauerei da dreibt er sein unwesen wiber mit den Knachten, wenn er einen karakter heißen würde, wie unfere Christlich organisierten Arbeiter dann würde er sich mit den Bauern überhaupt nicht abgeben, die den Ruß Drel an den Kleibern und Schuben haben so ungebildete Menschen, denken Sie nur jetzt hat er der rote es so weit gebracht das inen den dreifigen Bauern der Herr Huber mehr Lohn geben muß für solche Kerl sind doch 12 Mark zu viel, in der Brauerei sind auch welche die den Kubdrel noch an den Stiefeln haben, die wollen auch gleich 30 M. und noch wehr solche Kerl die nicht gelernt haben, und die untertützig der rote häßliche Kurzer da können Sie sich denken was der für einen Karakter hat wenn er sich mit so stint Bauern abgibt, die den Kubdrel an den Kleibern haben. Wir werden sorgen, das der rote auf der Straße hungern muß bis er schwarz wird den der hat uns schon Schaden genug gemacht der rote Kerl, das lan und dari nicht mehr so weiter gehen, fort muß er hinaus aus Konstanz der rote Kurzer abfcheuliche unter den Menschen Herr Huber soll sie alle vort jagen die rote Waude, wir lifern im Leute die sil billiger und besser arbeiten als die roten. Gehen Sie doch liber in das Marien Haus als mit dem abfcheulichen Kurzer von dem werden Sie an Leib und Seele verdorben, schon manches Mädchen hat sein Glüd bei uns gefunden bei uns gibt es ja sofil schöne und brafe Purtschen, denken Sie nur mit so einem häßlichen Mensch wie der Kurzer verheiratet sein, das hise lebend in der Hülle sein. Indem ich hofe das Sie Sich die Goldenen Worte die aus meinem munde fließen zu Herzen nehmen wil ich mein werf der Heiligen Pflicht schlifen. Wenn sich der Kurzer der häßliche rote, die gefährliche Bestie wider näher weisen Sie die Türe und spuken im in sein häßliches Gesicht dem roten Kerl. Sollten die Heiligen Worte nichts nügen dan müßte ich mich an Ihren Vater wenden diesen Adressie ich auch weis.

Seien Sie recht Herzlich Begrüßt
 St. R.

Und zwei mit Kurzer in der Löwenbrauerei zusammen beschäftigte Kollegen erhielten folgendes Schreiben:

Sehr geehrter Herr
 Gebhart und Waldrast!

Da wir sehen daß fast die ganze Brauerei, von dem roten abfchändlichen Kurzer mit dem roten Gift angeeckt ist, betrachten wir es als unsere heiligste Pflicht, Euch noch rechtzeitig auf die rote Bestie aufmerksam zu machen. Der Kurzer daß ist der ärgste in Konstanz der will alles rot machen der gemeine rote Schuß, die Ortstranentagen Wahlen sind im

nicht vergessen, diesen Schaden wirt er schwer zu büßen haben der rote abschauliche Keib, der Hundsgemeine Kerl der Saubauer der soll wider nach Münden zu seiner roten Hande wo er auch verborben wurde, das müßt Ihr Euch merken daß von München nichts gutes kommt die Leute sind an Leib und Seele verborben. Gebt Euch überhaupt nicht mehr ab mit der roten Pejnie, wenn Ihr anfändige Menschen sein wollt, denkt doch liebe Leute die Lohn dreizehner hat doch gar keinen wert, wir Christlichorganisierte Arbeiter arbeiten doch lieber 1 Stunde länger und geben uns mit ein paar Mark Lohn weniger zu friden als die roten, Teufel, aber für daß hat uns auch der Arbeitgeber lieber als die roten. Denken Sie nur der rote Kurzer der gemeine Schwindler der Jud der kann alle Leute anschwindeln der ist wie vom Teufel besessen die gefährliche rote Pejnie, die roten wären ganz sicher nicht so weit gekommen bei der Wahl wenn der rote Schuft nicht gewesen wäre der hat mit Leib und Seele aquiriert der rote Hund, Rache ist im geschworen dem Saubund, der ist ganz Karatterlos, sonst würde er sich nicht mit dem Stinfbauern abgeben ja kein Arbeiter ist im zu lescher mit jedem Dreckerarbeiter gibt er sich ab, das tun aber wir Christlichorganisierte Arbeiter nicht den wir nehmen nicht jeden gewöhnlichen Fabrikler an wie die roten, den wir schägen uns als bessere Arbeiter und wollen nicht so gewöhnliche Bande unter uns haben. Die abschaulichen Schmitzblätter die der Kurzer der böse Sozi bei Euch eingeführt hat, Simplizissimus Wahrer Jakob, Münchner Post, Volksmacht, Neue Konstanzer abend Zeitung das gleich schmutz Blat, samt sie zusammen und haut sie im so lange um sein abschauliches Maul bis alles in frände und fehen geht, Aboniert doch die Konstanzer Nachrichten das ist eine Zeitung die hat jeder anfändige Mensch, die andern taugen alle nichts.

Lait aber dem abschaulichen Kurzer der gefährlichen Pejnie, dem Sau Jud, dem Saubauer, nichts wissen, auch dem roten Schiller nicht das ist auch so ein roter Keib, auch dem verückten Geiß nicht mit dem kann man doch nichts haben der ist ja zu Dum, aber Ruffler und Schwarzwälder, Wachsinist, der Feizer ist auch so ein Drecker, den wollen wir nicht. In dem wir hoffen Sie recht bald in unjeren zeilen zu sehen und daß Ihr Euch die Goldenen Worte recht zu Herzen nehmt, wollen wir das wert der Heiligsten Pflicht schließen.

Die schwarze Zentrumspreffe will nun den Heberfall als Rache hinstellen. Das ist der Gipfel der Unverschämtheit.

Daß Kurzer mit dem Leben davontam, war nur dem Umstand zuzuschreiben, daß ein Messerfisch in die Verzgegend von einem Notizbuch ausgefallen wurde. So wurde nur das Buch durchbohrt und dem Heberfallenen die Haut verlest. Immerhin mußte Kurzer wegen seiner anderen Verletzungen einige Wochen ins Krankenhaus. Als er geheilt entlassen wurde, verlor er seine Arbeit in der Löwenbrauerei der Gebrüder Suber. In den ersten Tagen des November erhält er folgenden anonymen Drohbrieff:

„Wir wollen nur sehn wie lang es noch ged bis du roter Hund von Konstanz dort kommst lange sehn wir nicht mehr zu! rete deine abschauliche rote Seele, denn für dich ist geladen. Lasse ja das schreiben in der Zeitung sein Blut rache ist dir geschworen du hässlicher Hund. Der Herr Suber hat mit dir gemacht was wir wollten roter Keib wie ein Hund müßt du verelen roter!“

Der Freiburger „Volksmacht“ wurde bei dieser Gelegenheit folgendes aus Konstanz geschrieben:

„Wir haben schon einmal darauf hingewiesen und wiederholen es nochmals laut und vernehmlich, daß es in der Löwenbrauerei der Herren Gebr. Suber Leute gibt, die in Sachen des Heberfalls auf Kurzer ausjagen könnten, wenn sie wollten; deshalb sind wir der unwahgebliehen Meinung, daß die Kriminalpolizei nach dieser Richtung ihre Recherden zu betreiben hätte. Die Kündigung Kurzers, die erste sowohl als die zweite, steht in unmittelbarem Zusammenhang mit der ganzen Affäre und es ist ein offenes Geheimnis, daß sich bei Herrn Suber dunkle Mächte geltend gemacht haben, die die Ursache der Kündigung und des Heberfalls waren. Wir werden aber nicht eher ruhen und nicht lassen, bis die Wahrheit zutage liegt. Offenlich gelingt es recht bald, die Messerhelben und den Anonymus zu fassen, um sie der wohlverdienten Bestrafung entgegenzuführen.“

Wir werden abwarten müssen, was noch kommt. Von solchen Vorfällen berichtet die gesamte „Christliche“ Presse mit dem „Zentralblatt“ und der ultramontanen „Münchener Volkszeitung“ an der Spitze natürlich kein Wort.

Stahlische, aber nicht bildlich gemeinte, waren Gegenstand einer Münchener Gerichtsverhandlung, wobei der unter Anklage gestellte Führer einer christlichen Gewerkschaft auf ein Jahr in Staatspension gegeben wurde.

Anfangs Oktober d. J. kam es nun in einer Wirtshaft bei Schleißheim zwischen christlichen Bauarbeitern und einem christlichen Militärarbeiter namens Kainer zu Auseinandersetzungen über die Güte der verschiedenen christlichen Verbände. Die Bauarbeiter machten sich über den berühmten Esenwald-Verband weidlich lustig. Ihr Obmann, der Maurer Clemens Gueger von Eberschleisheim, tat dabei die Aeußerung: „Du gehst mo glei mit deiner 25 Pf.-Organisation!“ Kainer geriet deshalb in christlichen Zorn und gab dem Bauarbeiterobmann einige wohlabgemeinte christliche Warschen. Nun stieg dem Gueger der Widel auf. Als christlicher Unteroffizier konnte er sich doch vor seinen Mannschaften nicht dergleichen blamieren lassen und so zog er denn das christliche Vereinszeiden, das griffelne Messer, heraus und verdeckte dem Kainer im Interesse der christlichen Arbeiterbewegung drei feine Stiche in Brust, Rücken und Arm. Der Verletzte war infolgedessen längere Zeit in ärztlicher Behandlung und ist heute noch nicht hergestellt.

Obwohl die Meinungsverschiedenheiten zwischen den zwei christlichen Verbänden in durchaus christlicher Selbdenweise ausgejagen waren, mißte sich nachträglich noch der Staatsanwalt ohne Rücksicht auf die Zentrumsmehrheit in die Geschichte und unternahm gegen Gueger die Christenverfolgung einer Anklage. Das Landgericht München I war verdeckt genug, den vorbildlichen christlichen Gewerkschaftsführer wegen schwerer Körperverletzung zu 1 Jahr Gefängnis zu verurteilen.

Um die Freigewerkschaftler niederguzuringen, verschämten unsere christlichorganisierten Freunde nicht einmal die sonst von französischen Souditalisten ausgeübte Sabotage. So versuchten Mitglieder des christlich graphischen Verbandes in einer Münchener Stadtdrucker Betriebsfabrik einem im freien Buchbinderverbande organisierten Goldschmittmader aus der Arbeit zu bringen. Er mußte nämlich mit Stauern bemerken, daß alle seine Schritte mißglückten, er konnte anstellen, was er wollte. Keiner wußte Mal, bis man einen jungen Mann dabei erlappte, als er ein Pulver über die zum Abreiben der Schritte bestimmten Papierpläne schüttete. Auf dem Kantor gehend der junge Mann dann wehmütig ein, das Pulver von einem christlich organisierten Kollegen erhalten zu haben. — Diese Beispiele aus der Fülle des uns zur Verfügung stehenden Materials kennzeichnen zur Genüge die Erfolge christlich-gewerkschaftlicher Erziehungsmethode.

Kollegialität.

(Eingefandt.)

Daß es immer noch organisierte Kollegen gibt, bei denen sich das Solidaritätsgefühl nach der entgegengejetzten Seite entwickelt, sobald sie, wenn auch nur vorübergehend, mit ihrem Arbeitgeber in nähere Verührung kommen, dafür liefert die Militär-eisenfabrik Bierenbreiter in Kehl a. Rh. ein Musterbeispiel. Schon wiederholt mußte die Organisation dort in Funktion treten, um Maßnahmen zu verbüten, welche den Arbeiter von der Firma zugebacht waren. Aber nicht allein Herr Bierenbreiter war an der Arbeit, die Verhältnisse nach rückwärts zu revidieren, die Hauptrolle dabei spielte ein Arbeiter namens Robert. Letzterer war im verfloffenen Sommer aushilfsweise im Zuschneiderraum beschäftigt. Diese Gelegenheit nutzte er weidlich aus, den übrigen Kollegen nach Möglichkeit den Garaus zu machen. Zum erstenmal trat dies recht kraß in Erscheinung, als im Spätsommer eine erhebliche Preisreduzierung bei Entfertigung von Patronentaschen geplant war. Die Tatsache, daß in Kehl die Patronentaschen sowieso schon niedriger als anderswo bezacht wurden, hielt ihn nicht ab, den Fabrikanten in der Meinung zu bestärken, daß ein weiterer Abzug nichts schaden könne. Ortbeingeseffene ältere Kollegen wurden einfach vor die Alternative gestellt: Entweder arbeitet Ihr billiger oder es wird gar nicht gearbeitet. Die so in die Zwangslage Geratenen rechneten schon mit Arbeitslosigkeit, wenn nicht inzwischen die Ortsverwaltung eingegriffen und zur Vermittlung des Gaulteier herbeigerufen hätte. Als in der stugs einberufenen Versammlung vom Kollegen Jg an Robert die Frage gerichtet wurde, ob er sich im äußersten Falle zum Streikbrecher degradieren würde, ist er die Antwort bis heut noch schuldig geblieben. Nachdem aber die Verhandlungen mit Herrn Bierenbreiter bald zu einem ersprießlichen Resultat führten, da setzte auch Kollege Robert die vom Verband erkämpfte Lohn-erhöhung mit Schmungeln ein. Da er aber von der Wahrheit des Sprichwortes überzeugt ist: „Verscheidenheit ist eine Bier, doch weiter kommt man ohne Ihr“, so war er selbstredend noch nicht damit zurieden, wenn er seinen Wochenlohn in der Werkstatt verdiente. Er schlepte täglich noch eine schöne Portion von diesen vermoledeiten Patronentaschen nach seiner Wohnung, um sich die schlaflosen Nächte und den überflüssigen Sonntag zu vertreiben. Daß

sich auf diese Weise sein Verdienst ganz erheblich über den der übrigen Arbeiter hinaus steigerte und daß er dabei auf den Gedanken kam, die Militär-sattler verdienen zueviel, ist da nicht verwunderlich. Von den Kollegen wurde er wiederholt auf das Un-qualifizierbare seiner Handlungsweise hingewiesen, ohne daß es aber den geringsten Eindruck auf ihn gemacht hätte. Und in einer Mitgliederversammlung erklärte er unverblümt, Kollegialität sei für ihn Lebensfrage, er werde sich jezt erst recht aus Rachtarbeiten verlegen. Doch damit nicht genug, Eifer-süchtig wachte er darüber, daß den anderen Kollegen nicht etwa die Arbeit zum Halbe rauswache. So ist es mehrfach vorgekommen, daß manchen, die in der Militärartillerie alt geworden sind, der Zuschnitt vor-enthalten wurde oder daß sie mit Arbeit traktiert wurden, die sonst von den Lehrlingen hergestellt wird. Dagegen konnten die Stadtreifer, welche sich gegen Abend aus der Artilleriewerkstatt Strahburg einschleppen, unbefürmert sein, ihr Posten Radarbeit war stets in Bereitschaft gestellt. Darin sorgte zu-berichtlich unser „Kollege“ Robert. Mit verlegenden Redensarten pfeifte er die in der Werkstatt auf Zu-schnitt Drängenden ab. So z. B.: „Wenn Du die Arbeit fertig hast, laßst Du doch gehen.“ Bezüglich eines Kollegen, der längere Zeit krank gewesen, äußerte er: „Was will denn der Schwindsüchtige?“ Zum Heberfall vernimmt man jezt Unruhe, dahinterlaute, daß abermals eine Preisreduzierung bei Patronentaschen geplant sei. Ob dies von Herrn Bierenbreiter ausgeht oder ob es Robert ausgeht hat, ist bis dato nicht mit Sicherheit festzustellen. Wir allerdings schägen das von Herrn Bierenbreiter gegebene Versprechen etwas höher ein, als daß er es jezt nach kaum einigen Wochen schon wieder zu-ungunsten seiner Arbeiter zurückziehen würde. Und wenn er jezt die Tatsache zu verzeichnen hat, daß ihm die alten geübten Arbeiter reißlos durchs Garn gehen, so ist daran nicht allein die androehnte Lohn-reduzierung schuld, sondern vor allen Dingen das provozierende Benehmen des Herrn Robert. Die Leute verbitten sich eine derartige schulmeisterliche Behandlung. Im Interesse eines gedeihlichen Zu-sammenarbeitens von Unternehmer und Arbeiter wäre es zu wünschen, daß als Mittelspersonen nicht Kollegen ausgesucht werden, die durch Eigennuß und Verschlagenheit das Vertrauen der Arbeiter von vornherein unmöglich machen.

Zur Erwiderung.

In der letzten Nummer unserer Zeitung steht ein Artikel mit der Ueberschrift: „Dart man seine Verbandszugehörigkeit dem fragenden Unternehmer gegenüber verteidigen?“ In diesem Artikel sind folgende Zeilen enthalten: Als voriges Jahr die Unter-nehmer auf ihrem Herrenstandpunkt beharrten, hatte man nichts besseres zu tun, von höherer Stelle im Gan den Mitgliedern zu empfehlen: „Ihr könnt den Verband verteidigen, wenn es aber herauskommt und Ihr werdet entlassen, so bekommt Ihr keine Unter-sützung resp. verzichtet darauf.“ Ich frage den Kol-legen S., wo und wann ich das gesagt habe. Mir ist nicht bekannt, daß ich in dem Zusammenhang, wie er die Worte bringt, mich ausgesprochen habe. Nur zu bewundern ist, wie man dem Gaulteier dies unter-schiebt, ohne Beweise zu haben. Nach Verdin-gung des Streiks in Leipzig habe ich in voller Ueber-einstimmung mit der Streikleitung und der Ortsver-waltung den von Streik Gemahregelten gesagt: „Wenn Euch die Unternehmer nicht emstellen, weil Ihr im Verbands seid, so müssen wir andere Wege einschlagen. Es bleibt jedem selbst überlassen, wie er auf die Frage des Unternehmers: „Sind Sie im Verbands?“ antwortet. Die Fabrikanten betrügen Euch um das jedem Arbeiter zustehende Recht der Vereinigung. Mit ruhigem Gemissen könnt Ihr demzufolge sie wieder betrügen, indem Ihr dies ver-neint.“ Wegen der Unter-sützung habe ich kein Wort verloren. Wenn das von anderer Stelle gesagt ist, darf man mir das nicht anhängen. Daß Kollege S. bei einer Massendemonstration den Metallarbeitern das Ver-leugnen der Organisation als berechtigt anerkennt und bei den Sattlern nicht, das begreife ich nicht. Wenn von 25 000 am Ort beschäftigten Metallarbei-tern 17 000 organisiert sind und 8000 werden aus-gespart und nach der Aussperrung bleiben 1000 ge-mahregelt, so ist der Prozentsatz fast genau so, wie bei den Sattlern. 500 sind beschäftigt in Leipzig, 450 sind organisiert, 450 waren am Streik beteiligt und 98 waren gemahregelt. Gehilfen, welche vor Anweisung der Streikleitung die Organisation ver-leugnet hatten oder nicht organisiert waren, wurden eingestellt. Selbstverständlich erregte das eine ge-wisse Mißstimmung unter den Gemahregelten. Der Artikel in Nr. 48 unserer Zeitung mit der gleich-lautenden Ueberschrift war das Ergebnis einer Aus-sprache der Leipziger Ortsverwaltung. S. Busch.

Streiks und Lohnbewegungen.

Der Streik der Budapester Portefeuller konnte erfolgreich beendet werden, nachdem sämtliche Unternehmer eine Lohnzulage von 2 Kronen pro Arbeiter und Woche bewilligten. Die tägliche Arbeitszeit beträgt 8 1/2 Stunden. Samstag um 12 Uhr, an den Vorabenden der Feiertage um 1 Uhr mittags Arbeitsstillstand, ohne daß der Lohn gekürzt werden darf. Sämtliche Feiertage werden bezahlt. Dieser Sieg der Kollegenheit ist um deswilligen hoch zu veranschlagen, weil eine verhältnismäßig große Anzahl von Streiks und Sperrebrüchen zu verzeichnen war. Die Sperte über Budapest ist selbstverständlich aufgehoben.

Aus unserem Beruf.

Ein Musterbetrieb in Leipzig. Wenn das Maß voll ist, so läuft es über. So geht es den Sattlergehilfen in Leipzig, wenn sie die Verhältnisse bei der Firma Oswald Wache, Lederwarengeschäft, Leipzig, Windmühlentstraße, gegenüber vom Banerischen Bahnhof, betrachten. Seit Jahren sind in dieser Firma die schlechtesten Lohn- und Arbeitsverhältnisse. So oft Kollegen dieserhalb vorzeitig wurden, weiche man sie mit schönen, glatten Lebensarten an. Statt daß es besser wird, angemessen den geistigsten Korten für den Lebensunterhalt, werden die Verhältnisse in dieser Firma für die Gehilfen immer schlechter. Man soll es nicht für möglich halten, daß Gehilfen, welche vier Jahre gelernt haben, mit einem Affordverdienst auf Schularbeitslohn von 8,00, 9,50 und 12,50 Mark die Woche zu Dowie gehen müssen. Gut eingerichtete Leute verdienen 16,00 bis 20,00 Mk. pro Woche. Bei diesen Verdiensten müssen die Gehilfen den ganzen Tag holt arbeiten. Der Werkführer steht fortgesetzt dahinter. Dieser Werkführer, der Bruder des Herrn Wache, hält es nicht unter seiner Würde, mit dem Werkzeug der Gehilfen und Lehrlinge zu arbeiten. Das grobe Handwerkzeug der Firma ist in einem derartig verwahrlosten Zustand, daß Gehilfen, welche von auswärts kamen, sogleich wieder die Arbeit einstellen mit der Bemerkung, daß sie einen solchen Zustand noch in keiner Werkstatt gefunden hätten. Es prüft die Firma Wache in den Tageszeitungen durch Inserate mit ihrer fortgeschrittenen Betriebsrichtung, Kraftbetrieb usw., dabei ist noch nicht einmal ordentliches Handwerkzeug da. Die Arbeitsordnung dieser Firma ist völlig einseitig. Dieselbe spricht nur von Verpflichtungen der Gehilfen, aber nicht von Verpflichtungen des Unternehmers. Herausgegeben ist sie von der Buchdrucker Alexander Wiede in Leipzig. Einzelne Paragraphen hat die Firma durch Handschrift geändert und verschärft. Ueber diese Arbeitsordnung ist noch nicht das letzte Wort gesprochen. Auch die Einrichtung der Werkstatt gibt zur Kritik Anlaß. Die Arbeiterinnen müssen durch den Raum, in dem die Gehilfen arbeiten. Mittags und abends geschieht dieses, wenn die Gehilfen ihre Kleidung wechseln. Vom fittlichen Standpunkt ist es auf keinen Fall zulässig, daß Mädchen den Arbeitsraum betreten, wenn die Gehilfen im Hemd stehen.

Seit Jahren kämpfen die Sattler in Leipzig gegen das Uebel der Heimarbeit. Es ist gelungen, fast in allen Betrieben in Leipzig diese zu beseitigen, nur die Firma Wache hält daran fest. Ich spare nicht, Fleuerung und Arbeitsraum, sagt Herr Wache. Die Kostlage einzelner Gehilfen, welche keine Arbeit haben oder am Tage auf ihrer Arbeitsstätte nicht genügend verdienen, mißbraucht die Firma, um Geld für sich herauszuschlagen. Zu nicht seiner Weise hat sich der Sattler Sommer aus Leipzig bei der Heimarbeit benommen. Dieser Herr hat eine Rattfajchenfabrik und fertigt nebenbei Heimarbeit auf Schularbeitslohn für die Firma Wache an. In der reichendsten Weise hat er bei der Firma um Arbeit nachgefragt. Herr Wache hatte nichts Eiligeres zu tun, als dies Jammer den Gehilfen in der Werkstatt zu erzählen. Jetzt hat der Herr Sommer Gnade gefunden bei der Firma. Durch seine Anbringererei wurde ein Gehilfe gemahregelt, welcher sieben Jahre im Geschäft tätig war. Während der Herr Sommer die besseren Schulungen baut, fertigen die Gehilfen in der Werkstatt die im Lohn schlechtesten an und verdienen oben genannte, menschenunwürdige Löhne.

Eingerichtete Leipziger Gehilfen gehen schon gar nicht in Stellung bei dieser Firma, da sie von vornherein wissen, hier ist wenig zu verdienen. Warum die Firma Gehilfen auf bessere Arbeit, so wendet sie sich nach außerhalb, besonders nach Stuttgart. Wir können den Kollegen nur zu äußerster Vorsicht raten, ehe sie bei dieser Firma in Arbeit treten.

Der Arbeiterwechsel in der Werkstatt ist sehr stark. Bei durchschnittlich 6 beschäftigten Gehilfen sind in diesem Quartal 13 Gehilfen eingestellt und 13 Gehilfen wieder entlassen. Ein Zustand, wie er in keinem anderen Sattlerbetrieb in Leipzig wieder vorkommt.

Unverhört sind die Mißstände in diesem Betriebe und dabei besteht die Minderzahl dieser Firma zum großen Teil aus den Arbeiterkreisen. Sündere organisierter Arbeiter kaufen ihre Schulartikeln bei dieser Firma. Gerade jetzt, zu Weihnachten, ist es Pflicht der Arbeiter, ihre Einkäufe dort zu beden, wo die Gehilfen als Menschen behandelt werden und bessere Löhne gezahlt werden. Auch im Kaufverein Leipzig-Plagwitz sind Schulartikel zu haben. Viele Sattlermeister beziehen die Schulartikel en gros von der Firma Wache. Es wird von ihnen geschimpft, daß die Gehilfen nach Feierabend Hausarbeit verrichten und den Meistern die Arbeit wegnehmen. Jedoch die Firma Wache gibt den Gehilfen Gelegenheit, durch die Heimarbeit nach Feierabend Hausarbeit zu verrichten. Schlechte Beispiele verderben gute Sitten. Durch die Heimarbeit wird das Eithem der Hausarbeit großgezogen. Mögen die Meister auf diese Firma einwirken, daß die Heimarbeit beseitigt wird oder keine Schulartikel beziehen, dann wird Meistern wie Gehilfen ein Nutzen werden.

Die Krisenverwaltung des Verbandes der Sattler und Portefeuller.

„Etwas Schiefes“. (Waggonfabrikverhältnisse). In der alten Weinberg- und Tuchmacherstadt Grünberg i. Schl., an der Strecke Breslau—Stettin gelegen, führen auch einige 30 Sattlergehilfen ein recht einfaches und bedürfnisloses Leben. Abgesehen von den Meinensteergehilfen, die sich durchwegs nicht schlechter sehen als wie ihre Leidensbrüder in anderen schiefen Mittelstädten, so befinden sich hier 20 Sattler, welche in der bekannten Prudenbauanstalt und Waggonfabrik von Veuchelt arbeiten. Geheimere Kommerzienrat Reuchelt war noch bis zum 6. Dezember 1911 Reichstagsabgeordneter (L.) für Grünberg-Preussisch. Die dort Beschäftigten werden im Vergleich zu den in anderen Waggonfabriken schlecht entlohnt. Die Arbeitszeit beträgt in den Betrieben mit circa 1200 Beschäftigten noch 60 Stunden pro Woche. Daß der Sattler- und Portefeullerverband schon zweimal verjagt hat, hier Eingang zu finden, sei nur beiläufig bemerkt, bildet aber die Grundlage für unsere Feilen. Anfang September war es Unterzeichnetem möglich, einem kleinen Teil der Grünberger Kollegen die Lohn- und Arbeitsverhältnisse anderer Waggonfabriken vor Augen zu führen und ihnen den Organisationswert etwas ausführlich zu erläutern. Durch eine spielerische Zusendung von Zeitungen wurde das Interesse gestärkt und schließlich eine bessere Einsicht bei den Kollegen bemerkt. Die Versammlung war auch von anderen Berufsgenossen besucht, welche uns die Gründe mitteilten, warum es schwer fallen wird, alle Sattler für uns zu gewinnen. Trotz miserabler Verdienste und des Pflichten den ganzen Sonntag, um eine Wehreinnahme zu erzielen, gibt es noch Elemente, welche Kosten tragen und hoffen, mal einen fetten Happen zu erwischen. Diesen Armen im Geiste war es zu danken, daß der Wertmeister von der Zusammenkunft Kenntnis erhielt und nochher „seine Macht“ fühlen ließ. Boshafte Zungen behaupten zwar, daß die Macht und die Kenntnisse mancher Herren Werkmeister viel zu wünschen übrig lasse, aber das glauben wir nicht. Uns muß so ein „Austauscher“-Polier und -Antreiber immer ein tüchtiger Mann sein, wenn auch die Gehilfen noch so intelligent sind und in vielen Fällen die Position des Werkführers halten. Ein Fabrikant weiß schon, wen er auf solche Kosten setzt. Daß der Werkführer in letzter Zeit Strafen für „liederliche Arbeit“ in Höhe von 50 Pf. abgibt, auch das ist wohl ordnungsgemäß, hauptsächlich bei solchen, die sich jetzt erdreisten, eine eigene Meinung zu besitzen und gar ihrer Berufsorganisation beitreten wollen.

Bei 120stündiger Arbeitszeit in 12 Wochentagen, einem Stundenlohn von 26 Pf., dazu den Affordzuschlag, daß durchschnittlich 43—44 Mk. Verdienste alle 14 Tage gar bezahlt werden, kann doch nach Ansicht der Fabrikleitung ein Grünberger Sattler-Familienvater der Waggonfabrik ganz gut leben, zumal der Anblick der Weinberge schon für ihn ein „sättigender Genuß“ sein müßte.

In der Versammlung am Sonntag, den 12. November, kam der Unterzeichnete auf die geschilderten Verhältnisse zu sprechen und kennzeichnete sie in verbittener Art. Wir verlangen das gesetzliche gewährleistete Koalitionsrecht und werden uns nicht scheuen, demnach die Meinung des Herrn Kommerzienrats einzuholen, selbstredend unter Mitteilung der Praktiken des Herrn Werkführers, der natürlich alle hinauswerfen will. Die Kollegen können getrost ihre Furcht und Zöghaftigkeit ablegen, der Sattler- und Portefeullerverband stellt neun neue Macht dar, mit der die Fabrikanten allenthalben rechnen müssen, was ein großer Teil längst getan hat. Wir werden die Angriffe gegen jeden einzelnen zu nahen wissen — ohne sie nach Bauben als „Zentral-

Vorstand“ zu senden. Der Herr Werkführer mag sich gefaßt sein lassen, daß ein tariflich entlohnter Waggonfabrikler in Bauben oder in Görlitz fast ebensoviel verdient, wie ein Grünberger Werkführer. Er soll nur seine Leute tun lassen, was sie für nötig befinden und sich darauf besinnen, mit tüchtigen Leuten arbeiten zu können, als schließlich mal Umfah nach seiner ostpreussischen Heimat zu halten, um dort Ersatz zu holen und sich bei der Anfertigung der Arbeit dann unnötig herumzuärgern. Die schiefen Sattlergehilfen sind allenthalben so aufgeliert und besitzen so viel Solidarität, daß sie auf diese horrend bezahlte Künsterarbeit verzichten.

Kollegen! Wir sehen uns in Kürze wieder. Laßt Euch von den paar Elementen nicht irren machen, die bereit sind, ihre Mitarbeiter um einen Judaslohn zu verraten. Wir verlangen nichts Unrechtes, sondern das, was sich Hunderttausende schon längst erkämpft haben. Seid einig, tretet sämtlich in den Verband der Sattler und Portefeuller ein, damit auch wir in Kürze von Grünberg jagen können: „Die Gewerkschaftsbewegung in ihrem Lauf, die hält weder Loh noch Ziel auf.“

Görlitz. R. Wartsch, Gauleiter.

Korrespondenzen.

Bremen. (E. 29. 11.) Am 25. November fand unsere regelmäßige, von 32 Kollegen besuchte Mitgliederversammlung statt. In seinem 1 1/2stündigen Vortrage legte Genosse Wellmann den Anwesenden genau dar, wie die Entwicklung und die Entscheidung der Warenproduktion in früherer Zeit vor sich gegangen ist, wofür er lobenden Beifall erntete. In der Diskussion kam es zu einer kleinen lebhaften Debatte, wobei beantragt wurde, noch vor Weihnachten einen ergänzenden Vortrag des Referenten entgegenzunehmen. Unter Verschiedenem kamen noch kleine örtliche Verbandsangelegenheiten zur Sprache.

Breslau. (E. 30. 11.) In der am 18. November von 60 Kollegen besuchten Mitgliederversammlung referierte Gauleiter Wartsch-Görlitz über das Thema: „Unsere Aufgaben in der nächsten Zeit“. Er führte u. a. aus, daß die notwendigsten Lebensmittel enorm im Preis gestiegen sind. Milch, Butter usw. sind Vorkaufsgüter geworden, die für den größten Teil der Arbeiter durch die Schaufenster betrachten kann. An die Arbeitgeber heranzutreten und überall für Teuerungszulagen einzutreten, müsse eine der nächsten Aufgaben der Kollegen sein. Der Nutzen der einzelnen Branchenversammlungen und der Einsetzung von Kommissionen wurde vom Referenten erläutert und dazu ganz wertvolle Anregungen gegeben. Dabei wurden auch die Agitationsverhältnisse und die zukünftige Mitarbeit der Kollegen für die notwendige Erstarrung der Breslauer Filiale ganz besonders erwähnt. Nachdem noch die Versammlung auf ihre Rechte und Pflichten zu dem großen Abrechnungstag, den 12. Januar 1912, hingewiesen wurde, endete der Vortrag mit lebhaftem Beifall. Eine rege Diskussion entspann sich über die Ausführungen des Gauleiters.

Zu „Verschiedenes“ wurde einstimmig beschlossen, für die ausgesperrten Tabakarbeiter 80 Mk. aus der Lokalfasse zu bewilligen. Ferner sollen noch Sammelkisten kurieren.

Anmerkung des Schriftführers: Es muß im Interesse eines jeden Kollegen liegen, pünktlich zu erscheinen, wenn ein Vortrag gehalten wird. Wohl konnte der Besuch der letzten Versammlung als befriedigend gelten, aber es ist eine Mißachtung des Referenten, wenn Kollegen um 10 Uhr und noch später zur Versammlung kommen. Diese Gleichgültigkeit kann nicht genug gerügt werden. Gleichzeitig ist es ein beschämendes Zeichen für die Breslauer Kollegen, daß am folgenden Sonntag sich so wenig Kollegen eingefunden hatten, um ein paar Stunden Mitarbeit bei der Agitation zu leisten. Kollegen! Bei solcher phlegmatischen Ruhe wird es noch lange dauern, ehe wir uns an die Seite der Kollegen in den anderen Großstädten stellen können. Selbst unseren vertrauten Führern muß der Mangel fehlen, wenn sie solche Gleichgültigkeit sehen, trotzdem ein Teil der Kollegen noch unter einer jämmerlichen Misere zu leiden hat.

Breslau. (E. 1. 12.) Am 25. November tagte die Branchenversammlung der Reichartileffattler und Portefeuller im „Senefelder“, Kaufbachstraße. Genosse Richter sprach über: „Die geschichtliche Bedeutung der Arbeitszeit“. Der Meierent entlebte sich seiner Aufgabe in einem 1 1/2stündigen anregenden Vortrag. Im zweiten Punkt erstattete der Vorsitzende Bericht vom verflorenen Jahr. Abgehalten wurden 3 Branchenversammlungen, 15 Werkstatt- und 5 Kommissionsitzungen. Die Kommissionsmitglieder wurden auf Antrag wiedergewählt. In der hierauf folgenden Debatte wurden die Verhältnisse bei der Firma Stabilis einer scharfen Kritik unterzogen, vor allem das seltene reiche Wirten und Treiben des Werkführers Herrn Gujo. Wer schon Gelegenheit gehabt hat, unter der

Leitung dieses Werkführers zu arbeiten, wird es begrüßen, daß das Gelingen dieses Herrn etwas mehr der Kenntnis der Kollegenschaft unterbreitet wird. Ganz entschieden müssen wir fordern, daß er sich gegenüber dem Regional anständigerer Umformungen bedient. Kann er es absolut nicht fertig bringen, so empfehlen wir ihm „Ainiges Umgang mit Menschen“. Im weiteren wurden die technischen Leistungen und Kenntnisse dieses Herrn, unter denen die Kollegen zu leiden haben, einer eingehenden Kritik unterzogen. Die Arbeitseinteilung könnte von einem gelehrten Sachmann rationaler für die Firma und Arbeiter vor sich gehen. Es kommt oft vor, daß erst die Karrees gemacht und die Platten abgehoben werden, wenn der Akkordarbeiter nach Arbeit kommt. Daran denkt dieser Werkführer aber nicht, daß der durch die Zeitveränderung verloren gegangene Verdienst ersetzt werden müßte. Die Zeitung der Firma wollen wir aufmerksam machen, daß gelehrte Hoffmeister überall bei anständiger Behandlung und Vergütung jederzeit verlangt werden.

Machen. (S. 2. 12.) Am Sonntag, den 28. November, fand unsere gut besuchte Versammlung statt. Gauleiter Kollege Schneider-Köln hielt einen mit vielem Beifall aufgenommenen Vortrag über: „Der Begriff des Lohnes“. Unser Gewerkschaftssekretär delegierter erstattete Bericht von der Sitzung am 16. November. Es wurden 5 Kollegen zur Präsidentschaftskommission gewählt, welche sofort an die übertragene Arbeit herangeführt. Wegen starkem Zuwachs haben wir unser Versammlungsort wechseln müssen, und zwar finden die Versammlungen alle 14 Tage Sonntags, vormittags 11 Uhr, bei Dohmen, Paulus- und Johannisstraßen-Ecke, statt.

Dannover. (S. 5. 12.) In Nr. 46 der „Sattler- und Portefeuille-Zeitung“ wurde unter Anmerkung des Redakteurs ein Versammlungsbeschluss unserer Verwaltungskasse kritisiert. Der eingehende Bericht vom Schriftführer lautete wörtlich:

Diermit gab Kollege Dreiß die Abrechnung vom Stiftungsfest.

Einnahme betrug 155,60 Mk., Ausgabe 112,95 Mk., somit wäre ein Ueberschuss von 42,65 Mk. zu verzeichnen. Hierzu stellte Kollege Währ den Antrag: „Die Hälfte des Ueberschusses zu einem gemütlichen Abend unter den Mitgliedern zu verwenden, und zwar an einem Sonnabend in der Herrenhäuser Brauerei. Derselbe wurde einstimmig angenommen.“ Der Antrag ist vom Schriftführer gekürzt worden, und zwar um den wichtigsten Teil, er hatte nicht angegeben, daß dies Sonnabendvergügen nur dann abgehalten werden sollte, wenn wir an einem Sonntag den Saal ebenfalls zur Verfügung bekommen würden.

Seit Jahren hält unsere Verwaltungskasse in der Herrenhäuser Brauerei Sonntagsgewüggen ab. In letzter Zeit wollte der Wirt nur den Vereinen seinen Saal zu Sonntagsgewüggen geben, welche denselben auch in der Woche benutzten. Da ein derartiges Vergügen für unseren Verband immer einen erheblichen Ueberschuss ergeben hat, uns aber nicht möglich ist, ohne Zuschuss aus der Lokalkasse an einem Wochentage ein Vergügen dort abzuhalten, so stellte der Kollege den Antrag, die Hälfte des Ueberschusses vom Stiftungsfest hierzu zu verwenden, um die 20 Mk. bei einem Sonntagsgewüggen fünf- und sechsfach wiederzuholen. Es war natürlich der Ortsverwaltung freigelegt, hierauf Müßel oder sonstige Ausgaben zu begleichen. Da der Wirt hierauf nicht einging, so war der Antrag so schon hinfällig, und der gesamte Ueberschuss kam in die Lokalkasse.

Dem Redakteur unserer Zeitung möchten wir anheimgeben, sich bei derartigen Versammlungsberichten doch lieber erst bei der Ortsverwaltung zu erkundigen, ehe er zu einer derartigen Anempfehlung einer Verwaltungskasse schreibt.

Er hätte aber auch ohnedies wissen können, daß man mit 20 Mk. in einer Verwaltungskasse von 250 Mitgliedern keinen Bierabend veranstalten kann. Wenn es bei ihm nur einmal keine gemütlichen Abende ohne Freibier gibt. Unseres Erachtens hätten die 20 Mk. noch nicht mal zu einer Straßenbahnfahrt unserer Mitglieder nach Herrenhausen gereicht. Auch hätten wir erwartet, daß der Redakteur nach der Auffklärung durch den Vorsitzenden der Ortsverwaltung von selbst eine Erklärung der Sachlage gebracht hätte.

Es wäre auch besser gewesen, wenn er etwas mehr von dem Vortrage des Parteisekretärs Lau, der ja in der Versammlung auch anwesend war, gebracht hätte, anstatt den Platz mit derartigen Bemerkungen auszufüllen.

Die Ortsverwaltung

J. A. W. Schmidt, 1. Vorsitzender.

Anmerck. der Red. Es führt zu weit, und darum lehnen wir es ab, an der Hand des uns eingesandten Originalberichts in der Zeitung zu polemisieren. Wenn sich aber unsere Ortsverwaltung Hannover angegriffen oder gar verlezt glaubt, so wäre der

Ausgang die vorgeschriebene Auskunft, welche etwa dieselbe feststellen könnte, warum wir den Bericht in Nr. 46, 1911 so und nicht anders bringen mußten.

Aus anderen Organisationen.

Der Verband der Tapezierer zählte am Schlusse des 3. Quartals 9720 Mitglieder. Das Verbandsvermögen beträgt 209.731 Mk. — Der Verband der Frieseergebilden zählte am Schlusse des 3. Quartals 2.206 Mitglieder gegen 2157 im vorhergehenden Quartal. Die Ausgaben für Erwerbslosenunterstützung betragen 1.498 Mk. Das Verbandsvermögen bezifferte sich auf 15.796 Mk.

Die Aussperrung der Tabakarbeiter in Lippe und Westfalen in Gemeinschaft mit dem Solidaritätsstreik in Hamburg und Bremen dauert noch unverändert fort. Wir appellieren nochmals an alle unsere Kollegen, die Sammlungen für die ausgesperrten Tabakarbeiter mit Energie fortzusetzen. — Bei dem Streik in der Berliner Damenkonfektion haben von 3000 Zwischeneinsteigern 2800 die Arbeit eingestellt. Leider sind von den 40.000—50.000 beteiligten Seidnarbeiterinnen nur verhältnismäßig wenig organisiert. Bisherig schweben Einigungserhandlungen, die hoffentlich eine sehr umfängliche Lohnerhöhung bringen werden. Die Energie, mit denen die Zwischenmeister ihre Sache vertreten, kann für die der Portefeuille- und Taschenbranche Vorbildlich dienen und wird hoffentlich dazu beitragen, daß sie sich organisieren, Forderungen aufstellen, die dem Tarif entsprechen und dann, was die Hauptsache ist, auch für ihre Hilfskräfte einstreuen. — Was wir in unserer letzten Heftigkeit nur andeuten konnten, ist durch die Virulenz der Berliner Eigenmagazin zur rauhen Wirklichkeit geworden. Die Hürde des Kampfes in der Metallindustrie ist ja bekannt. Nun hatten die Unternehmer den Formieren und Eisenarbeiten einige Zugeständnisse gemacht, welche die Streikenden aber nicht berücksichtigten und trotz Vertretung der Organisationsvertreter in einer sechsständigen Versammlung am 30. November ablehnten. Sofort wurde zur Aussperrung gegriffen, welche jetzt 60.000—70.000 Arbeiter betrifft. Die genannten Zahlen waren bis Schluß der Redaktion noch nicht festgestellt, weil einzelne Unternehmer noch erst eilige Arbeit fertig machen ließen. Circa 150 Mitglieder unseres Verbandes, vornehmlich aus Wagnersfabriken und der optischen Anstalt Aktiengesellschaft V. Goerz, Friedenau, wurden mit ausgesperrt.

Soziales.

Die preussischen Sparkassen im Jahre 1910. Nach der „Spartasse“ haben im Jahre 1910 sich bei den preussischen Sparkassen die Einlagen um 770 Millionen Mark vermehrt. Von diesen 770 Millionen Mark entfallen 323 Millionen Mark auf ausgeschriebene Renten, während der Rest den Ueberschuss der Einzahlungen über die Auszahlungen darstellt. Der Gesamtbetrag der Spareinlagen in Preußen hat damit die Summe von 11,1 Milliarden Mark erreicht. Von den nahezu 13 Millionen Sparkassenbüchern, die Ende 1910 in Preußen ausgegeben wurden, lauteten 3,7 Millionen über Beträge bis 60 Mk. und 1,7 Millionen über Beträge von 60 bis 150 Mk. Es sind also, wie man sieht, zum sehr erheblichen Teil die Gelder von kleinen Leuten, Arbeitern, in den Sparkassen eingelegt. Der Durchschnittszinssatz der Spareinlagen betrug wieder 3 1/2 Proz. Das Vermögen war folgendermaßen angelegt: Hypotheken 6,8 Milliarden Mark, Wertpapiere 2,7 Milliarden Mark, bei öffentlichen Korporationen 1,4 Milliarden Mark, gegen Wechsel und gegen Kaupfand waren je etwas über 100 Millionen Mark ausgeliehen, als Bürgschaftsdarlehen 187 Millionen Mark. Die Gelder der kleinen Sparrer werden also durch die Sparkassen dem allgemeinen Geldmarkt und vor allem dem Hypothekensmarkt zugeführt. Die Arbeiter liefern hier also indirekt das Kapital für die kapitalistische Produktion, statt diese Gelder auf genossenschaftlichem Wege zu verwerten und Zinsen nutzbar zu machen, die gerade im Interesse der sparenden Schichten liegen. Deshalb verdienen die Spareinrichtungen der Konsumvereine besondere Beachtung.

Internationale Ausstellung für soziale Hygiene, Rom 1911. Unter Förderung der italienischen Regierung findet im Winter dieses Jahres in Rom eine von den Medizinalbeamten des Landes veranstaltete „Internationale Ausstellung für soziale Hygiene“ statt. Die Eröffnung der italienischen Abteilung erfolgte bereits Mitte November d. J., die Internationale Abteilung soll aber erst etwa am 1. Januar 1912 eröffnet werden, um hierdurch eine rechtzeitige Heberführung in Dresden und Turin ausgesetzter Gegenstände zu ermöglichen. Die Ausstellung wird bis zum Schluß des in der ersten Woche des Monats April 1912 in Rom beginnenden Internationalen Kongresses zur Bekämpfung der Tuberkulose dauern und sich speziell auch auf dessen Arbeitsgebiet erstrecken.

Kundschau.

Aus dem Reichstag. Der nationalliberale Abgeordnete Wuffmann hat jüngst einmal öffentlich gesagt: „Dieser Reichstag ist in seinen Jugendlagen gefehlt und gekehrt worden vom Volk! Aus dem Munde der Liberalen und Konservativen sei man die gute gesetzgeberische Frucht empfinden.“ Es lohnt wohl, gegen diese spöttische Behauptung zu polemisieren. Es genügt, wenn man ihr gegenüber steht, daß die Klassenbewußten Arbeiter gerade diesen Reichstag als eine Dottenblottenmischgeburt, die an Tagefälligkeit nicht zu überbieten war, eingeschätzt und demgemäß behandelt haben. Endlich, dies zu spät, ist die Uhr des Rechtsstaates angeschlagen. Wenn den Lesern unseres Blattes diese Zeilen zu Gesicht kommen, dann zählen die Nachrufe für den Reichstag schon nach Tausenden. So wie die Volksmänner die eine Hälfte seiner Tätigkeit leben, so preisen die Ritter und Herren sein Tun seit Schöpfung der Reichsfinanzreform. In der „Deutschen Tageszeitung“, dem Organ der Bronnhofer, wird beispielsweise gesagt: „Auf dem Gebiete der Sozialpolitik konnte dieser Reichstag die größten Erfolge buchen!“ So werden die Arbeiter bis zur letzten Minute verhöhnt. Als „Entschädigung“ für die ihnen auferlegten schier unerträglichen Lasten nahm man ihnen Rechte und verpötelte ihre Witwen und Waisen, stieß die 60jährigen, für die Altersrente verlangt wurde, brutal beiseite, und lächelte verächtlich über die 129.000 Wöchnerinnen, die in Deutschland im Jahresdurchschnitt niederkommen, ohne daß ihnen eine Gebahrme in der schwereren Stunde hilfreich zur Seite steht. „Größte Erfolge!“ Wozu es die Arbeiter nicht dabei bewenden lassen, die Faust in der Hosentasche zu halten. — Noch in den letzten Tagen seines unseligen Tuns hat die Reichstagsmehrheit das Gesetz gemacht, durch das die freien Hilfskassen erdrückt werden sollen. Das Deimarbeitersgesetz, das wir demnach eingehend besprochen werden, ist mehr als lächelnd ausgefallen, wenngleich es einige Verbesserungen mit sich bringt. Nichts Halbes und nichts Ganzes ist aus der Verdrückerung der Privatangehörigen gemacht worden. Hätte man bei der Reichsverordnungsordnung die Privatbeamten mit eingeschlossen, dann wäre das für den „neuen Mittelstand“ und für die Arbeiter besser gewesen. Aber die schlecht bezahlten Arbeiter, von denen die Unternehmer verlangen, daß sie in weicher Wäsche anziehen, sollen nirgends in Zahlung kommen mit den Ausgehenden, die in der Wüste oder im Mittel schafften. Hoffentlich treffen sie an der Wälschurne am 12. Januar aber dort zusammen, um gemeinsam durch Abgabe sozialdemokratischer Stimmzettel zu protestieren gegen das unheilvolle Wirken des Reichstags, der vor fünf Jahren aus der Ehe zwischen Vertrag und Lüge geboren worden ist.

Bei der **Gewerbegerichts Wahl in Darmstadt**, die zum erstenmal nach der Verhältniswahl mit gebundenen Stimmern vorgenommen wurde, erhielten die freien Gewerkschaften bei 1864 Stimmen 17 Vertreter und die christlich-nationalen Arbeiter bei 131 Stimmen einen Vertreter.

Bekanntmachung des Zentralvorstandes.

An die Kassierer der Ortsverwaltungen!
Im Laufe dieser Woche ging den Ortsverwaltungen das Material für die Abrechnung des vierten Quartals zu. Dieser Sendung war beigegeben:

Eine gelbe Karte zur Berichterstattung über die Arbeitslosigkeit am 30. Dezember und die ausgezahlte Unterstützung und dergleichen in den Monaten Oktober, November und Dezember. Diese Karte ist spätestens bis Montag, den 8. Januar, einzusenden.

Die Abrechnung sowie das Geld für Rechnung des vierten Quartals ist spätestens bis zum 15. Januar einzusenden.

Die Heftisoren

werden ersucht, mehr auf die Bestände der Wertzeichen zu achten, welche in der Abrechnung sehr mangelhaft aufgeführt sind, namentlich Mitgliedskarten, Kranken- und Arbeitslosenmarken. Von letzteren Marken sind in manchem Quartal derartig hohe Verbrauchsziffern angegeben, daß dieselben in seinem Verhältnis zu der Mittalderzahl und der ausgezahlten Erwerbslosenunterstützung stehen. Wenn auch Kranken- und Arbeitslosenmarken keine direkten Werte darstellen, so ist es trotzdem notwendig, genaue und regelrechte Kontrolle auszuüben. Verlorene Marken dürfen nicht einfach als verbraucht gebucht werden, sondern müssen als verloren gemeldet werden.

In Gildesheim in Hannover wurde eine neue Verwaltungsstelle gegründet.

Briefkasten der Redaktion.

Wegen der Weihnachtsfeierlage und des Neujahrfeiertages...

Zm. in Stuttgart. Teog Jares lebhaften Wunsch, Ihre Engagemnt in diese Nummer zu bringen...

Bücherschau.

Neue Künstler-Zeichnungen 1911. Wieder bringt der Teubnerische Verlag, der sich durch die Herausgabe...

Abhille des Schwabenlandes belauschen und führt uns auch am Reder entlang...

Gleichzeitig veröffentlicht der Verlag einen neuen mit circa 200 meist mehrfarbigen Bildern geschmückten Katalog...

Das Geistes- und Kulturleben der Völker tritt uns nirgends reiner entgegen als in den Werken ihrer Literatur...

Adressenänderungen.

Sittesheim. B. Max Rieger, Telchtr. 3, 11 K. Paul Schmader, Schlicht. 17-18, 11 1.

Veranstaltungskalender.

- Brandenburg a. S. Mittwoch, den 13. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im Volkshaus. Kiel. Dienstag, den 12. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus...

Verkehrslöcher für Sattler und Portefeuille.

Die Gebühr für die in jeder Nummer dieser Zeitung zu verbleibende Anzeige beträgt bei folgender Aufstellung der Sattler- und Portefeuille-Zeitung 6 Mk. für das Jahr (6-malige Ausnahmen und ist im Voraus zu entrichten)

ANZEIGEN

Sattler auf Handkoffer

für dauernde und lohnende Arbeit gesucht. Nur eingerichtete Leute wollen sich melden.

Cindner & Lehmann, Lederwarenfabrik, Oberneufirch-Kaufzig.

Lederbranche.

Herr, der Galanterie- und Lederwarenschäfte sowie Sattler in Bayern, West- und Ostpreußen und Rheinland besucht, wünscht per 1. 1. 12

Vertretung

bei möglichst einzeln. Lour. Gest. Offerten unter F. R. C. 390 an Rudolf Mosse, Frankfurt a. M.

Werkzeuge, Beschläge, Riemen u. Stifte.

Spezialität von E. Reubauer, Offenbach a. M. Lieferung sofort ab Lager.

Glas-Christbaumschmuck.

Bestehend auch in diesem Jahr nur hochmoderne diesjährige Neuheiten. Sortimente sehr schön zusammengestellt von 4 Mark an.

Gratisgeschenke

bei und richten sich je nach Größe des Auftrages. Versand gegen Nachnahme oder vorherige Einzahlung des Betrages.

Max Henmann, Lauscha S.-M. 11. Mitglied des Glasarbeiter-Verbandes

Georg Weihnachts Bierhaus, Grönlte. 21.

F. Weiß, Bayrisch-Kulmbacher Bier

Zahlstelle der Zentral-Erkrankungskasse der Sattler und der Ortsverwaltung L. des Verbandes der Sattler. Zahlstelle der „Freien Volkshäuser“.

Meyers Klassiker-Ausgaben

Kritische Bearbeitung - Schöne Ausstattung

Table with 2 columns listing authors and book titles with prices. Includes Arnim, Brentano, Bürger, Chamisso, Eichendorff, Freiligrath, Gellert, Goethe, Grabbe, Grillparzer, Gutzkow, Hauff, Hebbel, Heine, Herder, E.T.A. Hoffmann, Immermann, Jean Paul, H. v. Kleist, Körner, Lenau, Lessing, Ludwig, Märke, Nibelungenlied, Novalis u. Fouqué, Platen, Reuter, Rückert, Schiller, Schiller, Shakespeare, Tieck, Uhland, Wieland.

Verlag des Bibliographischen Institute in Leipzig und Wien

Kaufe Lederwaren,

Abfälle, Sutte, Kattun, Druckstoffe usw. - Komme auch auswärts. J. Knopf, Berlin N. 54, Danzigerstr. 24.

Faltenbrechmaschinen,

Größe 14 x 22 cm, liefert Alfred Krubandner, Maschinenfabrik, Berlin, Köpenicker Straße 156/158. Amt IV, 7929.



100 Stück gute 6 Pfg.-Zigarren für Mk. 3,-

Sin ich in der Lage zu liefern, weil ich ganze Lager aus Anturumassen, Bombardierkästen usw. aufkaufe. Ferner liefere ich: 100 Stück feine 7 Pfg.-Zigarren für 3,50 Mk., 100 Stück feine 8 Pfg.-Zigarren für 4 Mk., 100 Stück feine 10 Pfg.-Zigarren für 5 Mk., 100 Stück feine 12 Pfg.-Zigarren für 6 Mk., 100 Stück feine 15 Pfg.-Zigarren für 8 Mk., 100 Stück feine 20 Pfg.-Zigarren für 10 Mk., 100 Stück feine 25 Pfg.-Zigarren für 12 Mk., 100 Stück feine 30 Pfg.-Zigarren für 15 Mk., 100 Stück feine 35 Pfg.-Zigarren für 18 Mk., 100 Stück feine 40 Pfg.-Zigarren für 20 Mk., 100 Stück feine 45 Pfg.-Zigarren für 22 Mk., 100 Stück feine 50 Pfg.-Zigarren für 25 Mk., 100 Stück feine 55 Pfg.-Zigarren für 28 Mk., 100 Stück feine 60 Pfg.-Zigarren für 30 Mk., 100 Stück feine 65 Pfg.-Zigarren für 32 Mk., 100 Stück feine 70 Pfg.-Zigarren für 35 Mk., 100 Stück feine 75 Pfg.-Zigarren für 38 Mk., 100 Stück feine 80 Pfg.-Zigarren für 40 Mk., 100 Stück feine 85 Pfg.-Zigarren für 42 Mk., 100 Stück feine 90 Pfg.-Zigarren für 45 Mk., 100 Stück feine 95 Pfg.-Zigarren für 48 Mk., 100 Stück feine 100 Pfg.-Zigarren für 50 Mk.